

## **Teilprojekt C6**

### **Die Rolle des Staates in der Rechnungslegung**

### **3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt C6**

#### **3.1.1 Titel**

Die Rolle des Staates in der Rechnungslegung

#### **3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung**

Betriebswirtschaftslehre

#### **3.1.3 Leiter**

Prof. Dr. Jochen Zimmermann  
geb. 30.04.1965  
Universität Bremen  
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft  
Hochschulring 4  
28359 Bremen  
Tel.: 0421/218-9119  
e-mail: jzimmermann@uni-bremen.de

Der Teilprojektleiter ist unbefristet eingestellt.

#### **3.1.4 Erklärung**

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen oder an menschlichem Material, keine klinischen Studien, keine Tierversuche, keine gentechnischen Untersuchungen und keine Untersuchungen an humanen embryonalen Stammzellen vorgesehen.

#### **3.1.5 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (Ergänzungsausstattung)**

In der ersten Phase wurde das Teilprojekt positiv begutachtet, konnte wegen Kürzungen der DFG aber nicht finanziert werden. Die VolkswagenStiftung finanzierte während dieser Zeit ein kleineres, ähnlich gelagertes Projekt.

Das Teilprojekt wird seit Januar 2007 im Sonderforschungsbereich finanziell gefördert.

	<b>Haushaltsjahr</b>	<b>Personalmittel</b>	<b>Sachmittel</b>	<b>Investitionsmittel</b>	<b>Gesamt</b>
Bisherige Förderung	2007	70,8	13,0		83,8
	2008	70,8	12,4		83,2
	2009	70,8	6,1		76,9
	2010	70,8	6,6		77,4
	<b>Σ 2003-2010</b>	<b>283,2</b>	<b>38,1</b>		<b>321,3</b>

Haushaltsjahr		Personalmittel	Sachmittel	Investitionsmittel	Gesamt
Beantragte Förderung	2011	126,6			126,6
	2012	126,6	0,8		127,4
	2013	126,6	3,3		129,9
	2014	126,6			126,6
	<b>Σ 2011-2014</b>	<b>506,4</b>	<b>4,1</b>		<b>510,5</b>
(Beträge in 1000 €)					

### 3.2 Zusammenfassung

#### Kurzfassung

In dem betriebswirtschaftlichen Teilprojekt wird beleuchtet, wie sich die Bereitstellung des normativen Guts Wohlfahrt durch die Transnationalisierung der Rechnungslegung geändert hat und wie Unternehmen sowie nationale und transnationale Regulierer auf diese Folgen der neuen Konstellation von Staatlichkeit reagieren.

#### Langfassung

Nachdem in den vorlaufenden Antragsphasen die Transnationalisierung der Rechnungslegung beschrieben und erklärt wurde, nimmt das Teilprojekt nun ihre Folgen in den Blick. Wir fragen zunächst nach den Folgen (*Outcomes*) für das normative Gut Wohlfahrt und formulieren drei Hypothesen, die vor allem empirisch-quantitativ geprüft werden sollen: Mit der *Niveauveränderungshypothese* wird geprüft, ob die Anwendung der transnational gesetzten Regeln die Gesamtmenge des bereitgestellten normativen Guts Wohlfahrt erhöht hat. Mit der *Verteilungsveränderungshypothese* wird untersucht, ob sich durch die transnationale Regelsetzung unterschiedliche Wohlfahrtswirkungen für einzelne Adressatengruppen der Rechnungslegung ergeben. Mit der *Gefährdungshypothese* wird getestet, ob die neuen Regelsetzungsstrukturen bei unstabiler wirtschaftlicher Entwicklung zu größeren Gefahren bei der Bereitstellung von Wohlfahrt führen.

An die Betrachtung der Outcomes schließt die Untersuchung der *Reaktionen* auf die veränderte Konstellation von Staatlichkeit in der Regulierung der Rechnungslegung an. Im Teilprojekt werden die drei wesentlich von der Rechnungslegung betroffenen Akteursgruppen betrachtet: nationalstaatliche Regulatoren, Unternehmen und transnationale Akteure. Dabei soll mit qualitativen Fallstudien geklärt werden, ob nationalstaatliche Akteure die transnational gesetzten Regeln akzeptieren oder zumindest nur in Krisenzeiten versuchen, diese zu umgehen (*Abhängigkeitshypothese*), wann und in welcher Form Unternehmen gegen die neuen Regeln opponieren (*Auflehnungshypothese*) und inwieweit der transnationale Standardsetzer auf die vorgetragene Kritik und die beobachteten Handlungen nationaler Regulierer und Unternehmen reagiert (*Responsivitätshypothese*).

Die Folgen der Transnationalisierung von Rechnungslegung sind nicht für alle Volkswirtschaften gleich. Dies soll in einem abschließenden, alle Forschungsphasen umfassenden Berichtsband herausgearbeitet werden, in dem auch bislang unbeantwortete Fragen nach der Stabilität der neuen Ordnung beantwortet werden.

<i>Ergebnisse</i>		<b>Dritte Phase (2011-2014)</b>
<b>Erste Phase (2003-2006)</b> (als assoziiertes Drittmittelprojekt)	<b>Zweite Phase (2007-2010)</b>	
Beschreibung der Zerfaserung von Staatlichkeit für drei Länder (Deutschland, UK, USA); Befunde: (1) <i>Korridorverengung</i> : Internationale Konvergenz der Regulierung (2) <i>Transnationalisierung</i> : Zunehmende Bedeutung einer privaten, internationalen Organisation (3) <i>Verlagerung von Entscheidungs-, Organisations- und Letztverantwortung</i> : Verlagerung von Verantwortungswahrnehmung von staatlichen auf private Akteure Zentrale Publikation: Zimmermann u.a. <b>2008</b> [12] <sup>1</sup>	Nachholende Beschreibung für weitere drei Länderfälle (Frankreich, Japan, Kanada) und Erklärung des Wandels; Befunde: (1) Antriebskräfte (Reformdruck, Globalisierung, Komplexität, EU-Harmonisierung, Internationalisierung der accounting community) induzieren Veränderungen (2) Weichensteller (Rechtssystem, Wohlfahrtsstaatentyp) geben Veränderungen ein nationales Gepräge (3) Die konvergenten Privatisierungs- und Internationalisierungsprozesse sind national unterschiedlich fortgeschritten Zentrale Publikation: Zimmermann & Werner <b>2009</b> [45]	Evaluation der Outcomes und Reaktionen auf die veränderte Konstellation von Staatlichkeit in der Rechnungslegung unter Wohlfahrtsaspekten, insbesondere Erfassung (1) der durch Staatswandel induzierten Outcomes in Bezug auf das normative Gut Wohlfahrt und (2) der Reaktionen relevanter gesellschaftlicher und privater Akteure. Zentrales Abschlussvorhaben: Konsolidierung der Ergebnisse aller drei Phasen als Abschlussmonographie

### 3.3 Bericht über die bisherige Entwicklung des Teilprojekts

#### 3.3.1 Bericht

Nur auf den ersten Blick handelt es sich bei der Rechnungslegung um einen rein technischen Prozess. Wie die Finanzmarktkrise deutlich gezeigt hat (Werner **2009b** [32]; Zimmermann **2009b** [22]; Zimmermann & Schymczyk **2009** [10]), ist die Gestaltung der Rechnungslegung tatsächlich von hoher sozio-ökonomischer Bedeutung und für das Funktionieren von Märkten und der Wirtschaft existentiell (Volmer u.a. **2007** [4]).

Die große Bedeutung der Rechnungslegung für die Kapitalmärkte hat schon seit jeher zu einem staatlichen Eingreifen in die Rechnungslegung geführt. In der OECD-Welt haben sich dabei unterschiedliche Rechnungslegungsmodelle ausgeprägt (Zimmermann u.a. **2008** [12]). Diese nationalen Konfigurationen kamen, vor

<sup>1</sup> Zitierte Literatur mit **fett** gesetzter Jahreszahl findet sich nur unter 3.3.2 und nicht am Ende des Antrags im Literaturverzeichnis. Um das Auffinden zu vereinfachen, sind die Nummern aus 3.3.2 jeweils beim Zitat in [eckigen] Klammern angefügt.

allem durch die Globalisierung, spätestens seit den 1990er Jahren unter Druck (Werner **2008** [11]). So hat sich eine neue Architektur der Regulierung von Rechnungslegung herausgebildet, die dadurch charakterisiert ist, dass ein transnationaler Standardsetzer weltweit einheitliche Rechnungslegungsregeln schafft. In den meisten OECD-Ländern sind diese zumindest von solchen Unternehmen anzuwenden, die Eigenkapital an organisierten Kapitalmärkten ausgeben (Hammermeister & Zimmermann **2010b** [42]). Diese Struktur wird durch nach wie vor unterschiedliche Normen und Normsetzungsverfahren auf nationaler Ebene ergänzt, die für Einzelabschlüsse und die Konzernabschlüsse privater (also nicht-gelisteter) Unternehmen gelten; diese haben sich bislang allenfalls teilweise gewandelt (Werner & Zimmermann **2008** [14]). Hier bestehen auch qualitative Unterschiede zwischen den Abschlussstypen (Goncharov u.a. **2009** [1]) oder den Rechnungslegungsstandards (Zimmermann & Goncharov **2007** [7]) fort.

Die bestehende Literatur hatte sich dem Phänomen des Staatswandels im Bereich der Rechnungslegung, insbesondere den hier beobachtbaren unterschiedlichen Veränderungsgeschwindigkeiten, kaum und allenfalls beschreibend gewidmet. Beiträge, die die unterschiedlichen Geschwindigkeiten von Veränderungen im Bereich von Konzern- und Einzelabschlüssen erklären, fehlten bislang völlig (Goncharov u.a. **2009** [1]). Das Teilprojekt hat in der zweiten Förderphase Initiativen in den Blick genommen, die vom transnationalen Standardsetzer ausgingen (Luthardt & Zimmermann **2009** [2]) und im nationalen Raum bei bestimmten Gesetzesvorhaben gespiegelt wurden (z.B. Meyer-Schell & Zimmermann **2008a** [8]; Zimmermann **2009c** [23]). Vor allem aber wurden die Gründe für den beobachtbaren Wandel geklärt, um zu analysieren, warum sich eine neue Konstellation der Staatlichkeit entwickelt hat.

Das Teilprojekt verwendete dabei einen evolutionsökonomischen Erklärungsansatz, der es erlaubte, die Rolle von Institutionen sowie die begrenzte Rationalität der Akteure in den Blick zu nehmen und als Erklärung für den beobachtbaren Wandel zu nutzen (Zimmermann & Werner **2009** [45]). Das Erklärungsmodell wurde anhand einer Fallauswahl von sechs OECD-Ländern geprüft. Die Wandlungsprozesse konnten gemäß dem teilprojektübergreifenden Erklärungsmodell als *Selbsttransformation* beschrieben werden, die durch Entscheidungen von individuellen und kollektiven Akteuren ausgelöst wurden.

Das verwendete Erklärungsmodell erforderte, zwei unterschiedliche Typen von unabhängigen Variablen zu betrachten: Zunächst mussten solche berücksichtigt werden, die exogene Schocks aufzeigen und damit bei den Akteuren Handlungsdruck hervorrufen. Betrachtet wurde insbesondere die Rolle von Globalisierung, die Herausbildung professioneller (globaler) Netzwerke sowie der Stellenwert bedeutender Wirtschafts- und Unternehmenskrisen (Hammermeister & Zimmermann **2010a** [15]). Ungebremst sollten diese Antriebskräfte des Wandels eigentlich zu einer weltweiten Konvergenz der Rechnungslegungssysteme führen. Bestehende

institutionelle Rahmenbedingungen gaben dem Wandel in den Nationalstaaten aber ein jeweils spezifisches Gepräge, da die bestehenden Institutionen die Entscheidungsspielräume der Akteure beeinflussten und begrenzten. Insbesondere wurde hier auf die jeweiligen Rollen von nationalen Rechts- und Finanzsystemen geschaut (Werner & Zimmermann **2009** [5]), über die bestehende Literatur hinaus aber auch auf die Rolle von unterschiedlichen Typen von Wohlfahrtsstaatlichkeit (Oehr & Zimmermann **2010** [16]). Die Verbindung allgemein wirkender Antriebskräfte mit dem Einfluss von Pfadabhängigkeiten lieferte damit eine Erklärung für den Wandel der Rechnungslegungssysteme, der sich durch unterschiedliche Wandlungsgeschwindigkeiten auszeichnet: Während die Rechnungslegung kapitalmarktorientierter (börsennotierter) Unternehmen weltweit immer ähnlicher wurde und wird, verbleiben nach wie vor Unterschiede in der Rechnungslegung sonstiger Unternehmen (Zimmermann **2009a** [6]). Der Wandel erfolgt in letzterem Fall nur in kleinen Schritten, ist aber auch hier möglicherweise fundamentaler Natur – denn die Rechnungslegung der privaten Unternehmen ist tief in den besonderen Institutionen nationaler Wirtschaftssysteme verwurzelt; eine zunehmende Angleichung auch dieser Systeme steht daher als ein Indikator für fundamentalen Staatswandel.

Für das Teilprojekt sind zunächst die in Buchform erschienenen ländervergleichenden Studien von Zimmermann u.a. (**2008** [12]) und Werner (**2008** [11]) hervorzuheben. Wesentliche inhaltliche Teilaspekte werden in Werner & Zimmermann (**2009** [5]) und Zimmermann (**2009a** [6]) behandelt; eine Einordnung in die Gesamtfragestellung des Sonderforschungsbereichs bieten Hammermeister & Zimmermann (**2010** [42]). Methodische Zugänge zum Teilprojekt zeigen Goncharov u.a. (**2009** [1]) sowie Luthardt & Zimmermann (**2009** [2]). Qualifikationsarbeiten der im Teilprojekt beschäftigten Mitarbeiter wurden neben Werner (**2008** [11]) von Volmer (**2008** [29]), Abée (**2010** [41]) und Schweinberger (**2010** [43]) vorgelegt.

In der zweiten Förderphase wurde die oftmals krisenbedingte und in Sprüngen erfolgende Veränderung der Regelsetzung für Kapitalmärkte deutlich (Zimmermann u.a. **2008** [12]). Den Bemühungen um eine Legitimation der transnationalen Aktivitäten (Luthardt & Zimmermann **2009** [2]) stehen mindestens in bekannten Einzelfällen fehlende inhaltliche Qualität (Veith u.a. **2009** [3]; Veith u.a. **2010** [44]) und eine fehlende Passförmigkeit (Zimmermann **2009a** [6]; Werner & Zimmermann **2009** [5]) gegenüber. Damit bleibt zunächst offen, ob es sich um Übergangs- oder Konstruktionsprobleme der neuen Konstellation handelt.

### 3.3.2 *Liste der aus dem Teilprojekt seit der letzten Antragstellung entstandenen Publikationen*

Verfasser in [eckigen Klammern] sind/waren keine Sfb-Mitarbeiter. Luthardt, Veith und Schymczyk waren dem Teilprojekt über ihre Diplomarbeit assoziiert. Alle anderen sind ehemalige Lehrstuhlmitarbeiter, die zu Einzelaspekten des Teilprojekts ihre Fachkenntnisse, meist von außerhalb Bremens, beige-steuert haben.

#### *(I.) Begutachtete Beiträge für*

##### *(a.) wissenschaftliche Zeitschriften*

1. [Goncharov, Igor], Jörg R. Werner & Jochen Zimmermann (2009) Legislative Demands and Economic Realities: Company and Group Accounts Compared, in: *International Journal of Accounting* **44**:4, 334-362
2. [Luthardt, Ulf] & Jochen Zimmermann (2009) A European View on the Legitimacy of Accounting Procedures: Towards a Deliberative-Accountability Framework for Analysis, in: *Research in Accounting Regulation* **21**:2, 79-88
3. [Veith, Stefan], Jörg R. Werner & Jochen Zimmermann (2009) Capital Market Response to Emission Rights Returns: Evidence from the European Power Sector, in: *Energy Economics* **31**:4, 605-613
4. Volmer, Philipp B., Jörg R. Werner & Jochen Zimmermann (2007) New Governance Modes for Germany's Financial Reporting System: Another Retreat of the Nation State?, in: *Socio-Economic Review* **5**:3, 437-465
5. Werner, Jörg R. & Jochen Zimmermann (2009) Internationaler Vergleich von Rechnungslegungssystemen: Stand und Perspektiven, in: *Die Betriebswirtschaft* **69**:1, 85-106
6. Zimmermann, Jochen (2009a) Choosing Structures for Financial Reporting in the EU, in: *Publius – The Journal of Federalism* **39**:4, 1-26
7. Zimmermann, Jochen & [Igor Goncharov] (2007) Do Accounting Standards Influence the Level of Earnings Management? Evidence from Germany, in: *Die Unternehmung* **61**:5, 371-388
8. Zimmermann, Jochen & [Tim Meyer-Schell] (2008a) Konzeptioneller Stillstand in der Pensionsbilanzierung: Die Diskussionspapiere von EFRAG und IASB, in: *Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung* **8**:7/8, 433-443
9. Zimmermann, Jochen, [Jörg Prokop] & [Christoph Lippert] (2008) Die Bewertung von Versicherungsunternehmen mit Residualgewinnmodellen: konzeptionelle Grundlagen und empirische Validierung, in: *Finanz-Betrieb* **10**:5, 343-353
10. Zimmermann, Jochen & [Johannes Schymczyk] (2009) Economic Cycle Reserving in den Stricken der IFRS-Rechnungslegung, in: *Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung* **9**:9, 506-511

##### *(b.) monographische Reihen*

11. Werner, Jörg R. (2008) *Unternehmenspublizität und Corporate Governance im Wandel: Staatliche Steuerungsmodelle im internationalen Vergleich*, Frankfurt a.M.: Campus

12. Zimmermann, Jochen, Jörg R. Werner & Philipp B. Volmer (2008) *Global Governance in Accounting: Rebalancing Public Power and Private Commitment*, Basingstoke: Palgrave Macmillan

(c.) *Sammelbandbeiträge*

13. Zimmermann, Jochen (2008a) The Role of the Nation State in the Internationalization of Accounting Regimes, in: Achim Hurrelmann, Stephan Leibfried, Kerstin Martens & Peter Mayer, Hg., *Transforming the Golden-Age Nation State*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 173-192
14. Werner, Jörg R. & Jochen Zimmermann (2008) Der Staat und die Internationalisierung von Normen der Rechnungslegung, in: Achim Hurrelmann, Stephan Leibfried, Kerstin Martens & Peter Mayer, Hg., *Zerfasert der Nationalstaat: Die Internationalisierung politischer Verantwortung*, Frankfurt a.M.: Campus, 275-299

(d.) *Arbeitspapiere*

15. Hammermeister, Jan-Hendrik & Jochen Zimmermann (2010a) Financial Reporting Demands in a Globalised World: The Harmonisation of Accounting Rules, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper 125
16. Oehr, Tim & Jochen Zimmermann, (2010) Accounting and the Welfare State: The Missing Link, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper 121
17. Zimmermann, Jochen, [Johannes Schymczyk] & Jan-Philipp Kilian (2010) Convergence Patterns in Accounting Regulation: Six Country Cases, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper 119

(II.) *Nicht-referierte Beiträge für*

(a.) *wissenschaftliche Zeitschriften*

18. Meyer-Schell, Tim & Jochen Zimmermann (2008) Die Neuregulierung der Rückstellungsbilanzierung im Spiegel der betrieblichen Altersversorgung, in: *Steuern und Bilanzen* 10:1, 18-25
19. Zimmermann, Jochen (2007a) Insidergeschäfte bei EADS?, in: *Wirtschaftsdienst* 87:6, 349
20. Zimmermann, Jochen, (2007b) Siemens: Maßhalten beim Moralisieren, in: *Wirtschaftsdienst* 87:4, 208
21. Zimmermann, Jochen (2008b) Der Entwurf des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes – Auswirkungen auf die betriebliche Altersvorsorge – aus Sicht der Wissenschaft, in: *Betriebliche Altersversorgung* 63:15, 578-582
22. Zimmermann, Jochen (2009b) Bleierne Rettungsringe, in: *Wirtschaftsdienst* 89:8, 500
23. Zimmermann, Jochen (2009c) Das neue Bilanzrecht: Mode statt Moderne, in: *Betriebliche Altersversorgung* 64:7, 579-585
24. Zimmermann, Jochen & Stephan Abée (2007a) Börsenregulierung als Wettbewerbsfaktor, in: *Wirtschaftsdienst* 87:9, 607-612
25. Zimmermann, Jochen & Stephan Abée (2007b) Die Bilanzierung von Bonusprogrammen nach IFRS und HGB, in: *Praxis der internationalen Rechnungslegung* 3:1, 8-14

26. Zimmermann, Jochen & [Tim Meyer-Schell] (2008b) Die Änderungen der Regeln zur Pensionsbilanzierung im BilMoG-RegE: Alle Ziele verfehlt, in: *Steuern und Bilanzen* **10**:15, 583-587
  27. Zimmermann, Jochen & Stefan Schweinberger (2007a) Entwicklungen zur Ertragsrealisation in der kapitalmarktorientierten Rechnungslegung: Eine Analyse der Projekte „Revenue Recognition“ und „Insurance Contracts“, in: *Praxis der internationalen Rechnungslegung* **3**:3, 75-81
  28. Zimmermann, Jochen & Stefan Schweinberger (2007b) Zukunftsperspektiven der internationalen Rechnungslegung: Hinweise aus dem Diskussionspapier des IASB zur Bilanzierung von Versicherungsverträgen, in: *Der Betrieb* **60**:40, 2157-2162
- (b.) *monographische Reihen*
29. Volmer, Philipp (2008) *Formen der kapitalmarktorientierten Erfolgsrechnung: Eine Analyse der Performance Reporting Projekte von FASB und IASB*, Berlin: Wissenschafts-Verlag
- (c.) *Sammelbandbeiträge*
30. Werner, Jörg R. (2007) Corporate Governance in Germany, in: Alexander N. Kostyuk, Udo C. Brandle & Rodolfo Apreda, Hg., *Corporate Governance*, Sumy: Virtus Interpress, 270-279
  31. Werner, Jörg R. (2009a) Jones-Model, in: Greg N. Gregoriou, Hg., *Encyclopedia of Alternative Investments*, London: Chapman & Hall/CRC, 256-259
  32. Werner, Jörg R. (2009b) The Banking Crises and the Nation State, in: Greg N. Gregoriou, Hg., *Handbook of Banking Crises*, London: Chapman Hall/Taylor and Francis, 161-170
  33. Zimmermann, Jochen & Stephan Abée (2009) Ertragsrealisierung und Langfristfertigung, in: Gerrit Brösel & Christian Zwirner, Hg., *IFRS-Rechnungslegung: Grundlagen, Aufgaben, Fallstudien*, München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 315-330
- (d.) *Arbeitspapiere*
34. Hammermeister, Jan-Hendrik & Jörg Werner (2009) Conditional Conservatism, Debt Markets and Financial Structure: Further Evidence from the United Kingdom, SSRN Working Paper ([http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=1527768](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1527768))
  35. [Veith, Stefan] & Jörg R. Werner (2010) Market Size: The Unheralded Driver of Value Relevance Differences in Cross-Country Studies? SSRN Working Paper ([http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=1517046](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1517046))
  36. Werner, Jörg R. (2009c) The Changing Role of the Public Sector in Audit Regulation: A Comparison of Germany, the UK and the US, Bremen: University of Bremen Working Paper
  37. Werner, Jörg R., Stephan Abée & Jochen Zimmermann (2008) Tapping US Markets while Escaping Sarbanes-Oxley: An Analysis of European Financing Decisions Bremen: University of Bremen Working Paper

38. Werner, Jörg R. & [Igor Goncharov] (2009) Financial and Tax Alignment in Cross-Country Accounting Research, SSRN Working Paper ([http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=975504](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=975504))
39. Werner, Jörg R., [Igor Goncharov] & Jochen Zimmermann (2008) Legislative Demands and Economic Realities: Company and Group Accounts Compared, SSRN Working Paper ([http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=880128](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=880128))
40. Werner, Jörg R., Stefan Veith & Jochen Zimmermann (2008) Competing Accounting Treatments for Emission Rights: Evidence from the First Trading Period, SSRN Working Paper ([http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=1323810](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1323810))

*(III.) Vorliegende Manuskripte (einschließlich book proposals)*

41. Abée, Stephan (2010) *Die neue Konstellation von Staatlichkeit auf Kapitalmärkten*, Dissertationsschrift Univ. Bremen
42. Hammermeister, Jan-Hendrik & Jochen Zimmermann (2010b) Die Rolle von Nationalstaaten auf OECD-Kapitalmärkten, in: Marianne Beisheim, Tanja Börzel, Philipp Genschel & Bernhard Zangl, Hg., *Was vom Staate übrig bleibt? Der staatliche Beitrag zur Governance*, Baden-Baden: Nomos Reihe „Weltpolitik im 21. Jahrhundert“ (im Druck)
43. Schweinberger, Stefan (2010) *Gläubigerschutz und Rechnungslegung in der Lebensversicherung*, Dissertationsschrift Univ. Bremen
44. [Veith, Stefan], Jörg R. Werner & Jochen Zimmermann (2010) Competing Accounting Treatments for Emission Rights: A Capital Market Perspective, in: *European Accounting Review*, im Review-Verfahren (in Begutachtung, 2. Runde)
45. Zimmermann, Jochen & Jörg R. Werner (2010) *Regulating Capitalism? The Evolution of Transnational Accounting Governance*, Basingstoke: Palgrave Macmillan (book proposal für die Reihe Transformations of the State, referiert und angenommen; proposal im Gutachterweb)

### **3.4 Geplante Weiterführung des Teilprojekts (Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm)**

#### **3.4.1 Forschungsziele**

##### **Überblick**

Das Teilprojekt untersucht, welche Folgen mit der neuen Konstellation von Staatlichkeit verbunden sind. Zunächst werden dazu Outcomes und Reaktionen gemessen, die mit der neuen Form der Staatlichkeit verbunden sind. Für die Evaluation der Folgen des Staatswandels werden dessen Auswirkungen auf das normative Gut Wohlfahrt geprüft. Die Analyse möglicher Interessensdivergenzen und -kollisionen in Folge des Staatswandels liefert wichtige Erkenntnisse im Hinblick auf die Stabilität der veränderten Konstellation, die für den gesamten Forschungsverbund von Bedeutung sind.

Zweite Phase (2007-2010)	Dritte Phase (2011-2014)
Erklärung des am Fallbeispiel Rechnungslegungsregulierung beobachtbaren Staatswandels über einen evolution-sökonomischen Erklärungsansatz, der es erlaubte, die Rolle von Institutionen sowie die begrenzte Rationalität der Akteure in den Blick zu nehmen und als Erklärung für den beobachtbaren Wandel „zweier Geschwindigkeiten“ zu nutzen.	(1) Messung von Outcomes und Reaktionen, die mit der veränderten Konstellation von Staatlichkeit verbunden sind. (2) Evaluation der Folgen des Staatswandels im Hinblick auf das normative Gut Wohlfahrt. (3) Beurteilung der Stabilität der neuen Konstellation. (4) Konsolidierung der Ergebnisse aller drei Phasen in Form einer Teilprojektabschlussmonographie („Schlussstein“).

**Ausgangspunkt der Untersuchung: Konstellation veränderter Staatlichkeit**

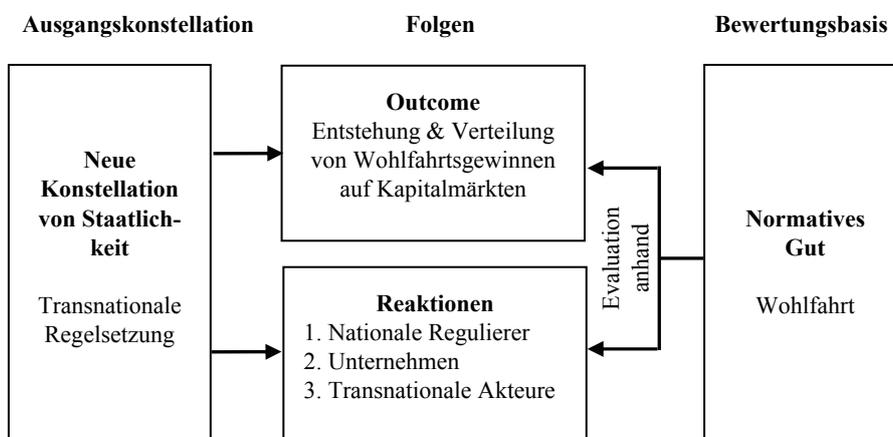
Auch in der Rechnungslegung wandelt sich der Staat vom Herrschaftsmonopolisten zum Herrschaftsmanager mit beschränkten Eingriffsmöglichkeiten: Die für das *market making* erforderlichen Rechnungslegungsregeln werden zunehmend transnational gesetzt und der Korridor der staatlichen Systemtypen, mit denen die Regulierung und -durchsetzung vermittelt wird, verengt sich. Der Staat teilt sich die Regulierung der Rechnungslegung nun mit privaten Organisationen, etwa einem internationalen Standardsetzer und supranationalen Institutionen (vor allem in der EU) und er passt nationale Regelwerke an international übliche Gepflogenheiten an (Zimmermann u.a. **2008** [12]; Volmer **2008** [29]; Zimmermann **2009c** [23]). Die Letztverantwortung für die Bereitstellung des normativen Guts Wohlfahrt auf den Kapitalmärkten wird aber nicht verlagert, sie liegt immer noch beim Nationalstaat (Zimmermann **2008a** [13]). So reagiert der Staat, indem er neue Formen der Regeldurchsetzung schafft. Der Rückzug aus den zunehmend transnational regulierten Bereichen wird durch den Ausbau der staatlichen Rolle in anderen Bereichen ausgeglichen (Werner & Zimmermann **2008** [14]). Dies geschieht zum Teil systematisch, zum Teil haben die nationalstaatlichen Regulierungsansätze aber auch ad hoc Charakter. Besonders deutlich zeigt sich dies bei den Versuchen, die Auswirkungen der Finanzmarktkrise zu bewältigen.

Vor allem die Befunde der Transnationalisierung sowie der Verlagerung von Entscheidungs- und Organisationsverantwortung stützen die im Forschungsverbund vertretene Hypothese der Zerfaserung von Staatlichkeit. Sie zeigen aber auch, dass die normative Bewertung der neuen Konstellation komplexer ist als zu Anfang des Transnationalisierungsvorhabens in der Rechnungslegung gedacht: Wohlfahrt wird voraussichtlich nicht nur erhöht, sie wird auch zwischen den Anspruchsgruppen neu verteilt: So kann die Erhöhung der Informationsfunktion für Anteilseigner zu Lasten der Gläubigerschutzfunktion gehen oder die Stärkung der Rolle von Kleinaktionären zu Lasten der institutionellen Investoren. Dies führt gerade in Krisensituationen zu Reaktionen der Betroffenen, die relative Wohlfahrts- und Bedeutungsverluste kompensieren oder die erreichten Gewinne halten wollen.

### Forschungsfragen und Hypothesen

Durch die Transnationalisierung der Regelsetzung für die Rechnungslegung (Nölke & Perry 2007) geht eine Verschiebung der Perspektive einher, aus der auf Unternehmen geschaut wird. Die transnational gesetzten Regeln sollen vornehmlich nützlich für Anlegerentscheidungen auf dem Kapitalmarkt sein (Gassen u.a. 2006), und damit werden die Regelungswünsche anderer Adressaten möglicherweise hinten angestellt. Der Staat, der vorher auch politische Ziele wie den Interessenausgleich zwischen den Adressatengruppen durchsetzen konnte (Hax 1988; Scott 2009), ist nun nicht mehr Ansprechpartner für potenziell schwächere Akteure. Deren Interessen könnten daher durch die private Regelsetzung untergehen, der Wandel der Staatlichkeit damit einen Wandel von Gemeinwohl- hin zu Partikularinteressenorientierung bewirken (Perry & Nölke 2006). Welche Auswirkungen allerdings dieser durch veränderte Staatlichkeit verursachte Wandel der Rechnungslegung hat, ist bislang nicht hinreichend untersucht und Gegenstand des Teilprojekts in der beantragten Forschungsphase. Es widmet sich damit der Frage, welche Folgen mit der neuen Konstellation von Staatlichkeit für die Wohlfahrt verbunden sind.

Abbildung 1: Forschungsdesign des Teilprojekts C6



Bei der Untersuchung der Folgen wird zwischen zwei Kategorien unterschieden: Erstens wollen wir *Outcomes* als Gesamtheit der Wirkungen untersuchen, die sich durch die veränderte Form der Staatlichkeit im Bereich der Rechnungslegung auf die Wohlfahrt ergeben. Zweitens möchten wir *Reaktionen* als Handlungsweisen und Strategien von individuellen und kollektiven Akteuren in Bezug auf die veränderte Form der Staatlichkeit erfassen. Die Hauptfrage des Teilprojektes lautet damit: *Zu*

welchen wohlfahrtsbezogenen Outcomes hat die neue Form der Staatlichkeit im Bereich der Rechnungslegung geführt und wie reagieren individuelle und kollektive Akteure auf die neue Form der Staatlichkeit beziehungsweise ihre Ergebnisse im Bereich der Wohlfahrt? Abbildung 1 verdeutlicht die Methodik, die zur Beantwortung der Fragestellung gewählt wird.

Die Hauptfrage des vorgeschlagenen Teilprojekts soll durch die Prüfung forschungsleitender Hypothesen zu Outcomes und Reaktionen beantwortet werden. Für das normative Gut Wohlfahrt lassen sich die folgenden Outcome-Hypothesen in Bezug auf Niveau, Verteilung und Struktur formulieren:

- (O.1) *Niveauveränderungshypothese*: Durch die transnationale Regelsetzung verbessern sich die Eigenschaften der Rechnungslegung, und das Niveau des normativen Guts Wohlfahrt steigt.
- (O.2) *Verteilungsveränderungshypothese*: Durch die transnationale Regelsetzung ergeben sich unterschiedliche Wohlfahrtswirkungen für einzelne Adressatengruppen der Rechnungslegung. Wohlfahrt verschiebt sich zu Gunsten der Eigen- und zu Lasten der Fremdkapitalgeber.
- (O.3) *Gefährdungshypothese*: Die Wohlfahrtseffekte fallen in Zeiten normaler wirtschaftlicher Entwicklung und Krisenzeiten auseinander. In Krisenzeiten ist die Bereitstellung des Guts Wohlfahrt durch die neue transnationale Konstellation stärker als in der alten Konstellation und in normalen Zeiten gefährdet.

Forschungsleitend für die Untersuchung der Reaktionen kann die folgende Frage gestellt werden: *Wie reagieren Akteure auf Veränderungen in Niveau, Verteilung und Struktur von Wohlfahrt?* Bei der Fassung forschungsleitender Hypothesen zu den Reaktionen ist zum einen entscheidend, welche individuellen oder kollektiven Akteure sich zu dem normativen Gut Wohlfahrt verhalten, und zum anderen in welcher Form sie dies tun können. Das Teilprojekt nimmt die von der Rechnungslegung betroffenen Akteursgruppen in den Blick. Dies sind insbesondere:

- nationalstaatliche Regulatoren
- transnationale Akteure sowie
- durch die Regulierung betroffene Unternehmen und ihre institutionellen Interessenvertreter.

Bei der Form von Reaktionen unterscheidet der Erklärungsansatz des Sfb auf der Basis der Hirschman-Typologie (Hirschman 1970) zwischen Abwanderung und Zuwanderung (*Exit* bzw. *Entry*), Einmischung und Widerspruch (*Voice*) sowie Anpassung und Desinteresse (*adaptation* und *indifference* als Ausprägungen von *Loyalty*). Dies wird im Rahmen des vorgeschlagenen Teilprojekts so ausgestaltet: Während Ab- und Zuwanderung für nationalstaatliche Regulierer nicht in Frage kommt, lässt sich dies für individuelle Unternehmen in Form von Sitzlands- und

Rechtsformwahl analysieren. Desinteresse wiederum kann bestenfalls für nationale Regulierer gelten; ein Ignorieren der neuen Konstellation ist für die betroffenen Unternehmen nicht möglich, da sie die neuen Regeln zu befolgen haben, zumindest dann, wenn die nationalen Regulierer diese nicht systematisch missachten. Wir prüfen damit die folgenden drei Reaktions-Hypothesen:

- (R.1) *Dependenzhypothese*: Nationalstaatliche Regulatoren unterstützen in Zeiten stabiler wirtschaftlicher Entwicklung zunächst die neuen Arrangements und passen sich dem neuen Regime an (*Loyalty*). In Krisenzeiten kommt es aber zur Besorgnis um die Erbringung des normativen Guts Wohlfahrt, und das transnationale Arrangement wird in Frage gestellt (*Voice*).
- (R.2) *Auflehnungshypothese*: Vornehmlich kleinere Unternehmen, aber auch Unternehmen bestimmter Branchen (insbesondere aus dem Finanzsektor) müssen aus der inneren Gestaltungslogik der Standards mit Umfang und Inhalt der transnationalisierten Regeln unzufrieden sein. Die Fortentwicklung der Regeln durch den Standardsetzer führt zu Widerspruch (*Voice*) und im Extremfall zur Abwanderung (*Exit*).
- (R.3) *Responsivitätshypothese*: Der transnationale Standardsetzer reagiert auf vorgetragene Kritik und passt Rechnungslegungsstandards beziehungsweise Verfahrensabläufe an, um seine Unabhängigkeit und Bedeutung in der neuen Konstellation von Staatlichkeit zu verteidigen (*Loyalty*).

### Outcome-Analyse

Rechnungslegungsregeln tragen mittelbar zur Produktion von Wohlfahrt bei. Die Regeln werden von staatlichen oder privaten (nationalen oder internationalen) Standardsetzern entwickelt (Mattli & Büthe 2005), von Unternehmen bei der Vorbereitung von Jahresabschlüssen angewendet und die durch Jahresabschlüsse produzierten Informationen werden von Adressaten beim Treffen wirtschaftlicher Entscheidungen genutzt. Die Regeln aus der neuen transnationalen Konstellation können die Wohlfahrt insgesamt erhöht haben (Niveauveränderungshypothese), sie zwischen den Marktteilnehmern neu verteilen (Verteilungsveränderungshypothese) und sich in Krisenzeiten unterschiedlich belastbar zeigen (Gefährdungshypothese). Für die Outcome-Analyse werden zunächst Kriterien der Kapitalmarkttauglichkeit auch aus methodischen Gründen als Bewertungsmaßstab vorausgesetzt; inwiefern dies problematisch ist, wird bei der Reaktionsanalyse weiter thematisiert.

#### *Niveauveränderungshypothese*

Kapitalmarkttaugliche Rechnungslegungsregeln müssen die Produktion von Informationen gewährleisten, die zeitnah, verlässlich und nützlich sind (Bharath u.a. 2008). Indikatoren, die diese Eigenschaften der Rechnungslegungsinformationen im Zeitverlauf messen, geben damit auch Auskunft über den Wohlfahrtsbeitrag der

Rechnungslegung und entsprechende Niveauveränderungen. Die Eigenschaften der Rechnungslegung sind allerdings nicht nur funktional abhängig von den anzuwendenden Regeln und den Bedingungen ihrer Entstehung, sondern auch von den Berichtsanzweizen, die für ein rechnungslegendes Unternehmen vorherrschend sind. Wird auf die (Veränderung der) Berichtsanzweizen kontrolliert, lässt sich der Beitrag der Veränderung der Staatlichkeit auf das Niveau der Wohlfahrtsproduktion isolieren. Der Literatur folgend werden folgende Indikatoren zur Beurteilung (der Veränderung) des Wohlfahrtsbeitrags der Rechnungslegung als Zeitreihendaten erhoben:

- *Zeitnähe der Erfassung ökonomischer Gewinne und Verluste*: Die zeitnahe Berichterstattung führt zu einem schnelleren Transfer von Handlungsrechten von Managern auf die Adressatengruppen und wirkt insofern wohlfahrtssteigernd (Ball 2001; Ball & Shivakumar 2005; Basu 1997).
- *Ausmaß der Bilanzpolitik*: Bilanzpolitik erschwert üblicherweise die Interpretation von Jahresabschlussinformationen und erhöht insofern Transaktionskosten. Ein Absinken des Ausmaßes von Bilanzpolitik wirkt insofern wohlfahrtssteigernd (Healy u.a. 1999; Wagenhofer & Ewert 2003).
- *Entscheidungsnützlichkeit der vermittelten Informationen*: Je relevanter und verlässlicher die vermittelten Informationen sind, desto entscheidungsnützlicher ist die Rechnungslegung. Bei annahmegemäß gleich bleibenden Kosten der Produktion von Rechnungslegungsinformationen wirkt eine höhere Entscheidungsnützlichkeit unter sonst gleichen Bedingungen wohlfahrtssteigernd (Ali & Hwang 2000; Barth u.a. 2001; Bartov u.a. 2005; Holthausen & Watts 2001; Hung 2001).

Ländervergleichende Studien zu diesen Maßen liegen im Wesentlichen nur als Quer-, nicht als Längsschnittanalysen vor, zudem befassen sich nur wenige Studien explizit mit den Wohlfahrtseffekten der Einführung transnational gesetzter Rechnungslegungsregeln. Die bestehenden Studien deuten auf einen wohlfahrtssteigernden Effekt hin. Für den Länderfall Deutschland weisen etwa Leuz und Verrecchia (2000) positive Kapitalmarkteffekte (geringere Bid-ask-Spreads und Preisschwankungen, größere Handelsvolumina) bei einer freiwilligen Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards nach. Drei aktuellere Studien deuten ebenfalls auf wohlfahrtssteigernde Effekte hin: In einer ländervergleichenden Studie (21 Länder) weisen Barth u.a. (2008) nach, dass die Befolgung internationaler Standards zu weniger Bilanzpolitik, einem zeitnäheren Ausweis ökonomischer Verluste sowie erhöhter Wertrelevanz führt. Daske u.a. (2008) finden Evidenz dafür, dass zumindest in Ländern, in denen starke Anreize zu qualitativ hochwertiger Berichterstattung bestehen, die Einführung einer Bilanzierungspflicht nach internationalen Standards positive Effekte auf die Marktliquidität hat und zu einem Sinken der Kapitalkosten führt. Armstrong u.a. (2010) können dies im Wesentlichen bestätigen.

Problematisch an den bestehenden Studien ist allerdings, dass sie einen sehr engen Zeitraum nach Einführung der internationalen Standards wählen und insofern die eigentlichen Wohlfahrtseffekte der Einführung nur schwer isolieren können (die Zeitreihe der Beobachtungen verpflichtend erstellter IFRS-Jahresabschlüsse ist dazu zu kurz). Eine Datenerhebung ab dem Jahr 2010 erlaubt dagegen ein besseres Bild der tatsächlichen Wohlfahrtseffekte: Es liegt dann, unter anderem, umfangreicheres Datenmaterial zur Beurteilung der Effekte der IFRS-Anwendungspflicht seit dem Jahr 2005 für die EU-Länder vor.

#### *Verteilungsveränderungshypothese*

Wenn sich die Eigenschaften der Rechnungslegung verändern, so wird die veränderte Rechnungslegung die Informationswünsche einiger Adressaten besser und anderer Adressaten schlechter befriedigen (Goncharov u.a. 2009 [1]). Es kommt dann zu einer Umverteilung von Wohlfahrt zwischen den Adressatengruppen der Rechnungslegung. Entsprechend ist hier auf den Ergebnissen der Untersuchung der Niveauveränderungshypothese aufzubauen und es sind verschiedene Anspruchsgruppen in den Blick zu nehmen, die Interessen an Informationen über die wirtschaftliche Lage eines Unternehmens haben. Dabei soll vornehmlich die Frage geklärt werden, ob mit einer möglichen Steigerung des Nutzens von Rechnungslegung für Eigenkapitalgeber eine Einschränkung der Nützlichkeit für Fremdkapitalgeber verbunden ist. Tatsächlich legt das Rahmenkonzept der IFRS einen eindeutigen Fokus auf die Entscheidungsnützlichkeit der vermittelten Informationen für Eigenkapitalgeber. Diese konzeptionelle Ausrichtung ist verhältnismäßig jung und wurde erstmals vom Trueblood Committee (1972 vom AICPA eingesetzt) formuliert, in dessen Bericht es heißt: „[T]he basic objective of financial statements is to provide information useful for making financial decisions“ (Staubus 1999). Problematisch ist, dass die Entscheidungsnützlichkeit mit weiteren Rechnungszwecken in Konflikt steht (Tinker 1991); so bemerkt Shapiro (1997): „[N]o set of financial statements can ever completely represent all economic features or serve all financial statement user needs“. Verantwortlich dafür ist, dass Rechnungslegungsinformationen Bestandteil verschiedener expliziter und impliziter Verträge sind – nicht nur in solchen zwischen Unternehmen/Managern und Eigenkapitalgebern (Watts & Zimmerman 1986). Um zu prüfen, ob durch die Veränderung der Eigenschaften der Rechnungslegung Umverteilungen im Hinblick auf den Nutzen für einzelne Adressatengruppen stattgefunden haben, erheben wir Finanzierungsstrukturen der Unternehmen und die Kosten für Eigen- und Fremdkapital. Sie werden im Zeitablauf auf Veränderungen untersucht.

#### *Gefährdungshypothese*

Die bisher existierenden Studien, die auf eine wohlfahrtssteigernde Wirkung der transnational gesetzten Rechnungslegungsregeln hindeuten, umfassen einen Unter-

suchungszeitraum mit stabiler wirtschaftlicher Entwicklung. Verschiedene Studien deuten allerdings auf einen Beitrag der transnational gesetzten Rechnungslegungsregeln für das Entstehen der Banken- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009 hin. So untersuchen Arnold (2009) und McSweeney (2009), wie die transnationale Orientierung an einem finanzwirtschaftlichen Verständnis von Rechnungslegung die Finanzkrise begünstigt hat. Plantin u.a. (2008) zeigen, wie die Vereinheitlichung der Bewertungsregeln zu marktnahen Maßen besonders im Finanzsektor Verwerfungen ermöglicht. Dagegen verteidigen Laux und Leuz (2010) die neue Art der Rechnungslegung. Es muss daher geprüft werden, ob die Wirtschaftssysteme durch die transnationale Regelsetzung weniger stabil werden, vor allem aber, ob die Veränderung der Rechnungslegung für Unternehmen gegebenenfalls bestandsgefährdend in dem Sinne ist, dass der Kapitalerhaltung weniger stark Rechnung getragen wird (Zimmermann **2008b** [21]) und ein Beitrag zu problematischer Prozyklizität geleistet wird, der im Rahmen bestehender Transnationalisierung nicht beseitigt werden kann (Zimmermann & Schymczyk **2009** [10]).

### **Reaktionsanalyse**

Die Transnationalisierung der Rechnungslegung ist ein Ergebnis der Veränderung von Staatlichkeit. Die Diskussion über die damit verbundenen Outcomes im Bereich der Wohlfahrtsstaatlichkeit legt nahe, dass individuelle und kollektive Akteure sowohl im Zeitablauf als auch im Vergleich untereinander verschiedenartig betroffen sind. Wesentliche Reaktionen erwarten wir von nationalen Regulierern, von den betroffenen Unternehmen und ihren Interessenvertretern und vom transnationalen Regulierer selbst. Wir schlagen vor, die Reaktionen in Form von drei Hypothesen über Dependenz, Auflehnung und Responsivität zu überprüfen.

#### *Dependenzhypothese*

In nationalstaatlichen Zusammenhängen handelnde Akteure, insbesondere aber die Nationalstaaten selbst, haben Regelungshoheit im Bereich der Rechnungslegung zugunsten einer transnationalen Organisation, dem International Accounting Standards Board (IASB), eingebüßt. Da die neue Konstellation eine Folge staatlicher Selbsttransformation ist, liegt ein Nachvollziehen der transnationalen Regulierung auch auf nationalstaatlicher Seite zunächst nahe. Hierzu können die Regeln nationaler Regulierungsregime an die des transnationalen Regimes angepasst werden. Beispiele hierfür sind etwa die Aktivitäten des britischen Accounting Standards Board oder des deutschen Gesetzgebers in Form des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (Zimmermann **2009c** [23]). Mit einer solchen Abhängigkeit verfestigt sich die neue Konstellation der Staatlichkeit durch den Abbau spezifischer nationaler Regelungen.

Gleichwohl tragen die Nationalstaaten auch in der Rechnungslegung noch die Letzt- oder Gewährleistungsverantwortung (Werner & Zimmermann **2008** [14]).

Soweit diese wahrgenommen wird, stellt sich die Frage, wie dies mit der neuen Konstellation der Staatlichkeit vereinbar ist. Dies äußert sich insbesondere in Krisenzeiten, in denen sich auch der Verlust der Eingriffsmöglichkeiten durch die neue Konstellation offenbart. Eine Rückholung von Standardsetzungsaktivitäten (eine Reetatisierung) ist nicht ohne Weiteres möglich; entsprechende Versuche können zu unbeabsichtigten Nebenwirkungen führen. Neben Druck auf den transnationalen Standardsetzer ist auch eine Umgehung oder Missachtung der transnationalen Regeln denkbar. So ist etwa der deutsche Gesetzgeber mit der Gründung von Auffangbanken (*bad banks*) der Anwendung transnationaler Regeln für die Finanzindustrie ausgewichen (Schäfer & Zimmermann 2009). Über die finanziellen Konsequenzen dieser Entscheidung herrscht bislang keine Klarheit. Die Finanzkrise hat zudem die Grenzen der Regulierung offenbart, die nationale Regulierer beim Rückgriff auf transnationale Rechnungslegungsregeln gezogen haben (Zimmermann & Schymczyk 2009 [10]). Auch hier scheint sich der Nationalstaat aus Sorge um die gesellschaftliche Wohlfahrt Handlungsoptionen jenseits der neuen Konstellation zu schaffen, etwa in der Formulierung erforderlichen regulatorischen Kapitals, das sich vom bilanziellen und damit nach transnationalen Regeln gemessenen Eigenkapital deutlich unterscheidet (Goodhart 2009).

#### *Auflehnungshypothese*

Die Untersuchung der Reaktionen der Unternehmen, die die transnational gesetzten Regeln unmittelbar oder über die nationalen Standardsetzer vermittelt anwenden müssen, baut auf den Ergebnissen zur Dependenzhypothese auf. Mit der Auflehnungshypothese wird geprüft, ob vornehmlich kleinere Unternehmen, aber auch Unternehmen bestimmter Branchen (vornehmlich dem Finanzsektor) mit dem gewachsenen Umfang und den im Vergleich zu den traditionellen Modellen veränderten Inhalten der transnationalisierten Regeln unzufrieden sind. Die Gründe für die Unzufriedenheit liegen in der Logik der transnationalen Standards: Sie sind branchenübergreifend für (große) kapitalmarktorientierte Unternehmen entwickelt (Mattli & Büthe 2003). Im Gegensatz zu der bislang weltweit üblichen branchenbezogenen Rechnungslegung setzt der transnationale Standardsetzer auf ein einheitliches Berichtswesen. Begründet wird dieses mit den zahlreichen (Kosten-)Vorteilen, die sich zumindest theoretisch aus einer standardisierten Rechnungslegung für die Jahresabschlussadressaten und -ersteller ergeben. Eine internationale Vergleichbarkeit von Jahresabschlüssen mittels einer einheitlichen *accounting language* erleichtert beispielsweise Unternehmen die weltweite Kapitalaufnahme, was einen positiven Effekt auf die Kapitalkosten haben kann, und Investoren wird die Möglichkeit eröffnet, international Anlageentscheidungen zu treffen, ohne dass dabei höhere Informationskosten entstehen (Ball 2006; Wagenhofer 2009). Da jedoch die überkommenen Rechnungslegungsstandards aus der geübten Branchenpraxis entstanden sind (Eierle 2005), führt eine Fortentwicklung der *general purpose*-Standards zu

einer zunehmenden Entkoppelung zwischen den Bedürfnissen der meisten Unternehmen und den anzuwendenden Regeln. Deutlich beobachtbar muss eine Entkopplung daher in Branchen mit spezifischen Rechnungslegungserfordernissen wie Banken und Versicherungen sowie bei kleinen und mittelständischen Unternehmen sein. Ihnen stehen unterschiedliche Möglichkeiten zur Verfügung, ihre Auflehnung zu artikulieren.

Kleinen und mittelständischen Unternehmen steht zunächst die Alternative der Abwanderung (*Exit*) zur Verfügung. Sie kann sich zunächst durch eine Verlagerung des Standorts wie auch einen Wechsel der Rechtsform oder der Unterlassung eines Börsengangs äußern. Dieses Verhalten bildet eine Standardannahme der gängigen Wettbewerbsmodelle um Standorte oder Rechtsordnungen (Heine 2003; Heine & Kerber 2002; Romano 1993). Mit dem globalen Fortschreiten der Transnationalisierung sind jedoch Standortverlagerungen und mit wachsenden Finanzierungsbedürfnissen auch Rechtsformwechseln enge Grenzen gesetzt; denn der Geltung transnationaler Regeln ist auf diese Weise kaum zu entkommen. Möglichkeiten, aus dem transnationalen Regulierungsregime auszubrechen, bieten sich jedoch durch unterschiedliche Finanzierungsoptionen. Unternehmen können ausschließlich gering regulierte Kapitalmärkte nutzen, auf denen die transnationalisierte Rechnungslegung nicht wirkt (Hammermeister & Werner 2010 [34]). Beispiele solcher Märkte sind etwa der Alternative Investment Market in London oder der Freiverkehr in Deutschland (Zimmermann u.a. 2008 [12]; Abée 2010 [41]). Sie können sich auch vollständig von organisierten Kapitalmärkten zurückziehen (*going private*).

Weniger mobilen klein- und mittelständischen Unternehmen sowie Unternehmen der Finanzdienstleistungsbranche steht wegen ihrer Größe die Alternative einer Abwanderung nicht zur Verfügung. Sie müssen ihre Auflehnung in Form von Einmischung und Widerspruch organisieren (*Voice*). Denkbar sind dabei national artikuliert Forderungen nach spezifischen Branchenregeln oder Eingaben beim transnationalen Standardsetzer. Denkbar sind hier Aktivitäten einzelner Unternehmen beim Standardsetzer im Rahmen der Erstellungsprozesse, aber auch Stellungnahmen durch Interessenvertreter auf nationaler und internationaler Ebene in Form des Lobbying (Chung 1999; Georgiou 2004).

#### *Responsivitätshypothese*

Die neue Konstellation der Staatlichkeit hat mit einem transnationalen Regelsetzer eine weitgehend unabhängige Institution geschaffen, die ein Eigeninteresse an ihrem Fortbestand hat. Es entsteht insofern ein systemstabilisierender Akteur, der auf die Bedürfnisse der nationalen Regulierer als auch der regulierten Unternehmen reagieren kann. Die Responsivität des transnationalen Standardsetzers ist damit gleichzeitig eine Messgröße für die Stabilität der neuen Konstellation. Denn ein Nachgeben des Standardsetzers – erfassbar durch ein Abweichen von geplanten Standards oder durch das Zulassen von Wahlrechten – zeigt die wahrgenommenen

Schwächen auf. Nach der *Responsivitätshypothese* reagiert das IASB auf vorgetragene Kritik und passt Rechnungslegungsstandards beziehungsweise *due processes* an, um seine Existenz und Unabhängigkeit zu verteidigen.

Deutlich sichtbar war die Responsivität etwa im Verlauf der Finanzmarktkrise. Insbesondere die Rechnungslegungsstandards für Finanzinstrumente (IAS 39) waren in die Kritik geraten. Da der US-amerikanische Standardsetzer bereits neue und flexible Regeln für US-Banken geschaffen hatte, verlangte die EU nach einer zügigen Anpassung der für Europa geltenden Regeln, um Wettbewerbsnachteile für hiesige Kreditinstitute zu vermeiden (Europäische Kommission 2008; IASB 2008). Innerhalb kürzester Frist kam es zu einer Veränderung der entsprechenden Standards durch das IASB. Gleichwohl ist die Responsivität nicht unproblematisch, denn das IASB will Regeln schaffen, die dem Wohl aller Betroffenen dienen (Perry & Nölke 2006). Wenn Responsivität als Ergebnis von Lobbyismus oder als Begünstigung bestimmter Länder oder Ländergruppen wahrgenommen wird, dürfte dies zu einer bestandsgefährdenden Erosion von Legitimität führen.

#### **Zusammenführen zur Gesamtschau**

Mit Abschluss der dritten Förderphase wird eine Monographie vorgelegt, die den Gesamtbefund der neuen Konstellation von Staatlichkeit, ihre Entstehung aus evolutionsökonomischer Sicht sowie vor allem deren Auswirkungen auf Wohlfahrt und die Reaktionen der Regulatoren integrativ darstellt. Erwartet wird eine Zuspitzung der Ergebnisse in der dritten Phase in folgenden Thesen:

- (1) Die neue Form der Staatlichkeit hat in der Rechnungslegung zumindest in Zeiten stabiler wirtschaftlicher Entwicklung zu positiven Wohlfahrtseffekten geführt.
- (2) Ergebnisse zur Wohlfahrtswirkung in Krisenzeiten sind weniger eindeutig. In Krisen wird gerade die Umverteilung von Wohlfahrt zwischen den Adressatengruppen deutlich wahrgenommen.
- (3) Nationalstaaten reagieren auf die wahrgenommenen Defizite, und sie tun dies teils mit Reetatisierung. Diese Versuche, die Steuerung der Wohlfahrtsproduktion wieder verstärkt zu übernehmen, laufen aber im Wesentlichen ins Leere, weil die veränderte Konstellation der Staatlichkeit die Nationalstaaten wirksam dabei beschnitten hat, solche Eingriffe vorzunehmen.
- (4) Die transnationalen Standardsetzer selbst versuchen, auf die regulatorischen Wünsche zu reagieren, was vornehmlich geschieht, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern, aber im Ergebnis den Nationalstaaten hilft, ihre verbleibende Gewährleistungsverantwortung wahrzunehmen und die neue Konstellation stabilisiert.
- (5) Effekte der Neuverteilung von Wohlfahrt summieren sich in Abhängigkeit von den vermittelnden institutionellen Arrangements auf Staatenebene auf. Beson-

ders betroffen von den Veränderungen der Staatlichkeit sind Länder mit (vormals) ‚koordiniertem Kapitalismus‘.

### 3.4.2 Untersuchungsmethoden

#### Fallauswahl

Die Untersuchung der genannten Hypothesen erfolgt mit unterschiedlich großen Stichproben, was vornehmlich auf methodische Fragen zurückzuführen ist. Für die quantitativ-empirischen Untersuchungen der Outcomes wird auf Bilanz- und Kapitalmarktdaten von Unternehmen aus *allen* OECD-Ländern zurückgegriffen. Die für die Untersuchung relevanten Daten können im Wesentlichen aus bestehenden Datenbanken entnommen werden. Bilanzdaten für gelistete Unternehmen sind über *Worldscope* ab 1981 zugänglich, Marktdaten ebenfalls ab diesem Zeitpunkt über *Datastream*. Für die nationalen Kontextfaktoren und die wandelinduzierenden Variablen müssen teils von uns Daten erhoben werden, teils kann aber auch auf die einschlägigen Datenbanken insbesondere der Weltbank (z.B. WDI Online) und des IWF zurückgegriffen werden, zu denen der Antragsteller Zugang hat.

Für die qualitativen Fallstudien, die vornehmlich für die Reaktionsanalyse zur Anwendung kommen, wird, soweit Länderfälle bearbeitet werden, auf die sechs Länder aus der zweiten Antragsphase zurückgegriffen: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada und die Vereinigten Staaten. Die Logik dieser Fallauswahl besteht darin, dass für die Rechnungslegungsregulierung die institutionelle Verortung des nationalen Wirtschaftssystems, aber auch die Mitgliedschaft in der EU betrachtet werden muss (Alexander & Nobes 2007; Zimmermann u.a. 2008 [12]). Wird, den *varieties of capitalism* folgend, hinsichtlich des Wirtschaftssystemtyps zwischen liberalen und koordinierten Marktwirtschaften unterschieden (Hall & Soskice 2001), ergibt sich eine in Tabelle 1 dargestellte 2x2-Matrix, die durch die genannten Länderfälle vollständig gefüllt werden kann.

**Tabelle 1: Systematik der Fallauswahl**

Perspektive	Typ	Mitgliedschaft in EU	
		ja	nein
Institutionelle Verordnung	Liberale Marktwirtschaft	UK	CA, US
	Koordinierter Kapitalismus	DE, FR	JP

#### Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum für die genannten Hypothesen umfasst die Jahre von 1980 bis 2010. Dieser Zeitraum lässt sich in drei Phasen unterteilen: 1980 bis 1995 besteht noch weitgehend die traditionelle Konstellation von Staatlichkeit; die Erhe-

bung von Daten für diesen Zeitraum ist erforderlich, um die durch die neue Form der Staatlichkeit induzierten Veränderungen im Kontrast darstellen zu können. Das Jahrzehnt von 1995 bis 2005 kann als die Transformationsphase bezeichnet werden, in der es zu den signifikantesten Veränderungen der Rechnungslegungsmodelle gekommen ist. Teils sind diese Jahre schon durch Veränderungen, teils aber auch durch die überkommenen Regulierungsmodelle geprägt. Die für die dritte Antragsphase entscheidende Evaluationsphase reicht von 2005 bis 2010 und je nach Datenverfügbarkeit auch über diesen Zeitraum hinaus. In diesen Jahren lassen sich die Ergebnisse der Veränderungsprozesse, also die Outcomes und Reaktionen, untersuchen.

### **Methodische Vorgehensweise**

Bei der Outcome-Analyse werden vornehmlich empirisch-quantitative Verfahren genutzt, insbesondere Korrelations- und Regressionsanalysen, während im Bereich der Reaktions-Analyse vornehmlich Fallstudien zum Einsatz kommen. Im Folgenden wird die methodische Vorgehensweise für die Prüfung der benannten Hypothesen skizziert.

### **Outcome-Analyse**

#### *Niveauveränderungshypothese*

Zur Untersuchung der Niveauveränderungshypothese ist insbesondere die Berechnung von Qualitätsmaßen der Rechnungslegung erforderlich. Betrachtet werden (a) die Zeitnähe der Erfassung ökonomischer Gewinne und Verluste, (b) das Ausmaß der Bilanzpolitik sowie (c) die Wertrelevanz von Jahresabschlüssen (jeweils im Längsschnitt über den Untersuchungszeitraum). Diese Maße sind in der empirischen Rechnungswesenforschung akzeptiert, wurden bislang aber nicht für ländervergleichende Zeitreihenanalysen eingesetzt, sodass das Teilprojekt hier einen originären Beitrag leisten wird. Im Folgenden soll kurz beschrieben werden, was unter den Qualitätsmaßen zu verstehen ist:

*(a) Zeitnähe der Erfassung ökonomischer Gewinne und Verluste:* Kapitalmarkttauglich sind Rechnungslegungsregeln dann, wenn sie ökonomische Gewinne und ökonomische Verluste asymmetrisch erfassen (Beaver & Ryan 2005). Eine bedingt vorsichtige Rechnungslegung dient aus dieser Perspektive dem Schließen effizienter Verträge, weil Agenturkosten gesenkt werden können, die im Zusammenhang vornehmlich mit der Fremdkapitalaufnahme sowie der Motivation des Managements stehen. Das Grundmodell von Basu (1997) ist inzwischen für private Unternehmen (Ball & Shivakumar 2005) und transitorische Effekte (Gassen u.a. 2006) erweitert und kann daher auch im Längsschnittvergleich für verschiedenartige Unternehmen und Länder unter Berücksichtigung von Anpassungsphänomenen angewendet werden.

(b) *Messung von Bilanzpolitik*: Obwohl in der Literatur auch auf eine positive Rolle bestimmter Bilanzpolitiken bei der Kommunikation mit dem Kapitalmarkt verwiesen wird (McLeay 2005; Sankar & Subramanyam 2001), kann im Durchschnitt davon ausgegangen werden, dass ein erhebliches Maß an Bilanzpolitik die Aussagekraft der Rechnungslegung beeinträchtigt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der Markt die Bilanzpolitik nicht „durchschauen“ kann.

Das Teilprojekt untersucht, ob es durch Veränderung der Regelsetzungsprozesse und Regeln zu einer Verminderung oder Erhöhung problematischer Spielarten der Bilanzpolitik gekommen ist. Dies ergänzt die bisherige Forschung, die das Vorkommen von Bilanzpolitik vornehmlich über Berichtsanreize erklärt, aber wenig über den Einfluss der Regeln und das Zusammenspiel von Regeln und Anreizen weiß. Bilanzpolitik wird gemessen als (1) Ausmaß der *Glättung operativer Gewinne*, (2) *Korrelation der Veränderungen schwebender Posten und Cashflows*, (3) die *betragmäßige Höhe der schwebenden Posten*, (4) die *Vermeidung des Ausweises kleiner Verluste* und schließlich (5) die *Höhe der abnormalen schwebenden Posten*. Goncharov u.a. (2009 [1]) diskutieren die Maße und die für ihre Berechnung vorzunehmenden Skalierungen im Detail.

(c) *Messung von Wertrelevanz*: Die Analyse der Wertrelevanz folgt direkt aus der Zielsetzung der internationalen Rechnungslegungsregeln, denn ihre Anwendung soll Informationen erzeugen, die vornehmlich den Investoren beim Treffen ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen dienlich sind (Collins 1989). Wenn Investoren ihre Entscheidung tatsächlich auf Rechnungslegungsinformationen stützen, sollte sich nach Veröffentlichung dieser Information eine messbare Marktreaktion einstellen (Easton u.a. 1992). In der Wertrelevanzforschung wird deshalb betont, dass es eine wünschenswerte Eigenschaft von (kapitalmarktorientierter) Rechnungslegung ist, wenn hohe Wertrelevanz vorliegt, denn nur dann ist sie für den Markt bzw. die Investoren nützlich (Barth u.a. 2001). Das Teilprojekt untersucht, ob sich die Wertrelevanz der Rechnungslegung im Zeitablauf – und insbesondere nach Einführung der internationalen Regeln – gewandelt hat und ob, über Länder hinweg, ein Konvergenzprozess zu beobachten ist. Dies ergänzt die bisherigen, auf Querschnittsanalysen beschränkten Forschungsarbeiten.

#### *Verteilungsveränderungshypothese*

Um zu prüfen, ob Wohlfahrtsumverteilungen zwischen den Adressatengruppen stattgefunden haben, werden Finanzierungsstrukturen der Unternehmen und die Kosten für Eigen- und Fremdkapital untersucht. Die Eigenkapitalkosten eines Unternehmens können ex ante mit Hilfe von aktuellen Aktienkursen und erwartetem Gewinn pro Aktie approximiert werden (Hail & Leuz 2006). In der Literatur werden dafür Modelle vorgeschlagen, die zum einen auf das Residualgewinnmodell abstellen (Claus & Thomas 2001; Gebhardt u.a. 2001) und zum anderen auf das Dividendendiskontierungsmodell (Easton 2004; Ohlson & Juettner-Nauroth 2005).

Die Fremdkapitalkosten eines Unternehmens bestimmen sich unter anderem aus dem aktuellen Marktzins, der spezifischen Kreditart, des Ratings des Kreditnehmers, der Kreditlaufzeit und den Kreditsicherheiten. Sollen die Fremdkapitalkosten für ein einzelnes Unternehmen geschätzt werden, können sowohl das unternehmensspezifische Rating als auch die Differenz zwischen der unternehmensspezifischen Anleiherendite und der Rendite für Staatsanleihen betrachtet werden (Ahmed u.a. 2002; Francis u.a. 2005).

Die Messung der Finanzierungsstruktur erfolgt über verschiedene (Bilanz-) Kennzahlen. Die gebräuchlichsten Kennzahlen sind die Eigenkapitalquote (Verhältnis von Eigenkapital zu Bilanzsumme), der statische Verschuldungsgrad I (*Leverage Ratio*, Verhältnis von Fremdkapital zu Eigenkapital) sowie der Anspannungsgrad I (*Debt Ratio*, Verhältnis von Fremdkapital zu Bilanzsumme). Da das Fremdkapital den eigenkapitalähnlichen Posten Pensionsrückstellungen enthält, wird häufig auch der Finanzierungskoeffizient verwendet (Bald 2000). Dieser ordnet die Pensionsrückstellungen dem Eigenkapital zu und setzt diesen Posten mit dem Fremdkapital ohne Pensionsrückstellungen ins Verhältnis.

Im Teilprojekt sollen über die bestehende Literatur hinaus die verschiedenen Größen als Zeitreihendaten berechnet werden und es soll, unter Kontrolle institutioneller Gegebenheiten, geprüft werden, ob die veränderte Konstellation von Staatlichkeit einen Einfluss auf diese hat. Verschiebungen in den Finanzierungsstrukturen und relativen Kapitalkosten deuten auf Wohlfahrtsverteilungseffekte zwischen den Anspruchsgruppen hin.

#### *Gefährdungshypothese*

Im Rahmen der Gefährdungshypothese soll zunächst geprüft werden, ob die Wirtschaftssysteme durch die transnationale Regelsetzung weniger stabil werden, was nachteilige Folgen für die Wohlfahrt nach sich ziehen würde. Ferner wird untersucht, ob die Veränderung der Rechnungslegung für Unternehmen gegebenenfalls bestandsgefährdend in dem Sinne ist, dass der Kapitalerhaltung zu wenig Beachtung geschenkt wird.

Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass ein Übergang auf die Regeln der internationalen Rechnungslegung (IFRS) zu einer Auflösung stiller Reserven führt und damit die sichtbare Ausstattung der Unternehmen mit Eigenkapital zunächst erhöht (Boyer 2007; Zimmermann & Schymczyk 2009 [10]). Ähnliche, wenn auch nicht identische Effekte ergeben sich etwa durch die Anwendung der neuen deutschen Bilanzierungsregeln, die durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz an die IFRS angepasst wurden (Zimmermann 2009c [23]). Gleichzeitig bergen die internationalen Rechnungslegungsregeln die Gefahr, die Volatilität von Ergebnissen und damit auch die Volatilität der Kapitalausstattung zu erhöhen (Volmer 2008 [29]). Der Stabilität schaffende Puffer des Sicherheitskapitals in Form von Eigenkapital – auch in Form stiller Reserven – wird dadurch verringert, sodass das Potenzial, Ver-

luste aus dem operativen Geschäft tragen zu können, gerade in Abschwungphasen abnimmt. Damit erhöht sich das Risiko der systemisch verstärkten Krisen. Im Teilprojekt sollen die verschiedenen Maßgrößen der Eigenkapitalausstattung als Zeitreihendaten berechnet werden. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Streugrößen, kontrolliert auf die Außenfinanzierung. Unter Berücksichtigung institutioneller Gegebenheiten können damit die Auswirkungen der transnationalen Rechnungslegung geprüft werden. Geringere oder volatilere Eigenkapitalausstattungen deuten dabei auf stabilitätsmindernde Effekte der neuen Konstellation hin.

Die Untersuchungen sollen getrennt für Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sowie für die Finanzindustrie erfolgen. Letztere hat branchentypische Entstehungsmechanismen für Bilanzpositionen, die mit den typischen Maßgrößen nicht zureichend erfasst werden können (Farny 1992). Eine Fallstudienbetrachtung für Länder mit hoher Bankenkonzentration aus dem Sample ergänzt die quantitative Betrachtung.

### **Reaktions-Analyse**

Zur Untersuchung der Reaktionen auf die Outcomes des Wandels werden vornehmlich qualitative Fallstudien genutzt (vgl. zur Methodik King u.a. 1994). Soweit vergleichend gearbeitet wird, beziehen sich die Untersuchungen auf die in Tabelle 1 dargestellten Länderfälle.

#### *Dependenzhypothese*

Aufbauend auf den Ergebnissen der zweiten Antragsphase wird der inhaltliche Anpassungsprozess von Rechnungslegungsregeln nachgezeichnet und die Frage untersucht, ob und wann sich nationale Regulierer inhaltlich von dem durch den transnationalen Regelsetzer gezeichneten Pfad absetzen. Die Dependenzhypothese besagt, dass sich nationale Regulierer in Krisenzeiten eher von der neuen Form der Staatlichkeit distanzieren, während sie in stabilen Zeiten dazu keine Veranlassung haben; der Grad der Übereinstimmung ist damit nach der Dependenzhypothese von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Die Absetzung kann rein verbal erfolgen, aber temporär auch zu inhaltlichen Abweichungen von den transnational gesetzten Regeln führen.

Zur Analyse der Hypothese kommt die Auswertung beziehungsweise das Erstellen synoptischer Darstellungen über die nationalspezifischen Regelungsinhalte in Frage, wie sie in einschlägig vergleichenden Textbüchern zu finden sind (Hayn & Waldersee 2008). Im Teilprojekt werden diese dann mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Zeitablauf kontrastiert.

In stabilen wirtschaftlichen Phasen stehen eher die effiziente Wahrnehmung der Organisations- und Leistungsverantwortung im Mittelpunkt des regulatorischen Interesses (Zimmermann 2008a [13], Hammermeister & Zimmermann 2010b [42]). Die Gewährleistungsverantwortung erhält dagegen in Krisenzeiten eine besondere

Bedeutung (Genschel & Zangl 2007). Für die betrachteten Länder wird daher dargestellt, welche konkreten Eingriffsformen zur Wahrnehmung der Gewährleistungsverantwortung in der Finanz- und Wirtschaftskrise beobachtbar waren und welche Folgen sich daraus ergeben. Hierbei wird zu beleuchten sein, welche Eingriffsspielräume den jeweiligen nationalen Standardsetzern verblieben waren und ob und in welcher Form transnationale Regelungen durch die Nationalstaaten umgangen oder nicht beachtet worden sind. Ein zentraler Bestandteil der Analyse soll der Umgang mit dem Finanzsektor sein. Hier hat sich etwa Deutschland bei der Rechnungslegung für Abwicklungsbanken von transnationalen Regeln bewusst abgewendet (Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung vom 17. Juli 2009).

#### *Auflehnungshypothese*

Eine mögliche Abwanderung von Unternehmen kann durch die Anzahl grenzüberschreitender Umgründungen gemessen werden. Vergleichbare Untersuchungen liegen unter anderem von Dodd und Leftwich (1980) und Cumming und MacIntosh (2000) vor. Bei der Analyse der Finanzierungsoptionen sind veröffentlichte Bilanzen im Hinblick auf Eigen-, Fremdkapital- und Bankenfinanzierung zu untersuchen. Hierbei kann auf bestehende Datenbanken zurückgegriffen werden. Ergänzend sollen die wichtigsten nicht organisierten Kapitalmärkte in den betrachteten Ländern untersucht werden. Im Zeitablauf sind dabei die Finanzierungsvolumina und die Gründe der Finanzierungsentscheidungen zu untersuchen. Methodisch werden wir hierbei vor allem Probit-Regressionen schätzen (Hammermeister & Werner 2010 [34]). Vorarbeiten zur ersten Frage wurden zudem von Abée (2010 [41]) geleistet.

Für Einmischung und Widerspruch sind zum einen institutionelle Verfahrensabläufe des transnationalen Standardsetzers wichtig. Dort erfolgende Eingaben werden bei der Prüfung der Responsivitätshypothese erfasst. Zum anderen artikulieren sich Einmischung und Widerspruch auf der jeweiligen nationalen Ebene. Hier sollen mit Branchenvertretern der besonders betroffenen Wirtschaftszweige (Banken, Versicherungen) Experteninterviews geführt werden, wie und in welcher Form sie Lobbying-Aktivitäten entfaltet haben, um sich gegen Veränderungen der Rechnungslegung zu wappnen oder diese sogar abzuwenden. Der Antragsteller hat unter anderem im Rahmen seiner Tätigkeiten in der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und im Deutschen Standardisierungsrat Zugang zu den entsprechenden Entscheidungsträgern.

#### *Responsivitätshypothese*

Beobachtbare Reaktionen des IASB folgen auf Kritik an Diskussionspapieren und Standardentwürfen, die der Öffentlichkeit regelhaft zur Kommentierung bereitgestellt werden (Luthardt & Zimmermann 2009 [2]). Auch wenn ein im Vorfeld er-

folgendes Lobbying ausgeblendet bleibt (Lindahl 1987; Sutton 1984), kann die Responsivität zunächst mit Inhalts- und Korrelationsanalysen gemessen werden (Kwok & Sharp 2005; McLeay u.a. 2000). Als kontrastierende Fallstudien, die als Inhalts- und Korrelationsanalysen bearbeitet werden können, bieten sich dabei zwei wichtige Projekte des IASB aus dem Untersuchungszeitraum an: für die Transformationsphase von 1995 bis 2005 die Konzernrechnungslegung (IFRS 3) und für die neue Konstellation die Pensionsbilanzierung (IAS 19). Beide Projekte haben erhebliche Auswirkungen auf das Bilanzbild der Anwender transnationaler Regeln und werden seit längerem von der Arbeitsgruppe des Antragstellers auch in Dissertationsprojekten verfolgt (etwa Meier 2009; Schilling 2008).

Die Finanzmarktkrise und die Responsivität des IASB sollen in einer gesonderten Fallstudie untersucht werden. Auf Basis von Experteninterviews mit nationalen Regelsetzern, Mitgliedern des Europäischen Konsultationsgremiums zur Rechnungslegung (EFRAG), Rechnungslegungsexperten (Analysten und Wirtschaftsprüfern) sowie Mitarbeitern des IASB (hier seiner technischen Mitarbeiter) sollen die Wettbewerbsnachteile für europäische Banken sowie die Interventionen, die zu einer Änderung des IAS 39 geführt haben, nachgezeichnet werden. Insbesondere soll der Frage nachgegangen werden, warum die Wohlfahrt nicht mit Hilfe der bestehenden Regeln zu sichern war. Diese Fallstudie soll sich auf zwei europäische Länder, und zwar Deutschland und Großbritannien beziehen.

### **3.4.3 *Arbeitsprogramm und Zeitplan***

#### **Arbeitsschritte**

##### *1. Arbeitspaket: Quantitative Branchenanalyse*

Im ersten Arbeitspaket wird zunächst für die kapitalmarktorientierten Unternehmen OECD-weit geprüft, in welcher Form sich Indikatoren der Rechnungslegungsqualität (hierzu etwa Goncharov u.a. 2009 [1]) verändert haben. Die Überlegungen werden dann auf die nicht-kapitalmarktorientierten Unternehmen ausgeweitet. Hieraus ergeben sich erste Hinweise auf differenzierte Wirkungen der Transnationalisierung. Als Ergebnis entsteht zunächst ein Länder und Entwicklungsphasen (alte Konstellation, Transformationsphase, neue Konstellation) vergleichender Aufsatz, der die Unternehmensebene als Untersuchungsgegenstand hat und der die Ergebnisse aus der Prüfung der Niveauhypothese zusammenfasst.

In einem nächsten Schritt wird die Differenzierung zwischen Eigen- und Fremdkapitalgebern eingeführt, um die Verteilungshypothese zu testen. Während für die beiden ersten Schritte vor allem Stromgrößen auszuwerten waren (Gewinne, Verluste, Zahlungsströme bzw. Cashflows), sind nun Bilanzdaten als Bestandsgrößen heranzuziehen, weil diese unterschiedliche Eigentümerstrukturen abbilden. Ebenso Länder und Entwicklungsphasen vergleichend werden hier Indikatoren entwickelt, die messen, ob sich – begünstigt durch die neue Konstellation – eine

Umverteilung zwischen Anspruchsgruppen ergeben hat. Hierzu werden sowohl (Opportunitäts-) Kosten der Eigen- und Fremdfinanzierung sowie die Ergebnisse von Finanzierungsentscheidungen miteinander verglichen.

Die Stabilität des wirtschaftlichen Systems wird großzählig durch eine Analyse der Eigenkapitalausstattung erfasst. Daher sind in diesem Arbeitspaket auch die Schwankungen der Bestandsgrößen, sofern sie durch die betrachteten Stromgrößen ausgelöst worden sind, zu analysieren. Hierbei geht es insbesondere um das Verlustverrechnungspotenzial und seine Schwankungen. Es ist zu erwarten, dass im Länder- und Zeitvergleich eine unterschiedliche systemische Stabilität entsteht.

Die Ergebnisse, die aus der Prüfung von Verteilungs- und Gefährdungshypothese entstehen, werden in einem Aufsatz zusammengefasst.

#### *2. Arbeitspaket: Staatliche Reaktionen in nationalen Wirtschaftsräumen*

Das zweite Arbeitspaket untersucht, wie sich die geänderten Outcomes in Reaktionen niederschlagen. Auf die Ergebnisse des ersten Arbeitspakets aufbauend, wird zunächst herausgearbeitet, in welchem Umfang sich die nationalen Regulierer an den durch den transnationalen Standardsetzer vorgezeichneten Pfad angepasst haben. Damit kann für die zu untersuchenden Länderfälle ermittelt werden, in welchem Ausmaß ihre eigenständige Regulierung angepasst wurde und mit welcher Geschwindigkeit Konvergenz eingetreten ist (zu den Formen und Messungen von Konvergenz vgl. z.B. Werner 2008 [11]). Hierbei handelt es sich um Vorarbeiten zur Abschlussmonographie.

#### *3. Arbeitspaket: Unternehmerische Reaktionen*

Das dritte Arbeitspaket erfasst die Reaktionen der Unternehmen auf die neue Form der Rechnungslegung. Untersucht wird hier, ob und in welcher Form Unternehmen abwandern und sich Finanzierungsalternativen suchen. So können sie sich grundsätzlich zwischen hierarchisch und marktlich organisierten Formen der Außenfinanzierung entscheiden, und bei den marktlichen Formen darüber hinaus ein Regulierungsniveau für die Rechnungslegung wählen. Eine im ersten Arbeitspaket (Quantitative Branchenanalyse) ermittelte Umverteilung kann dann eine Erklärung für das Entscheidungsverhalten von Unternehmen bieten und gibt Hinweise auf die Akzeptanz der neuen Konstellation beziehungsweise auf die Gültigkeit der Auflehnungshypothese. Als Ergebnis soll hier ein Aufsatz entstehen.

#### *4. Arbeitspaket: Wohlfahrtswirkungen und Reaktionen in der Finanzindustrie*

Die Analyse der Finanzmärkte erfordert aus methodischen und inhaltlichen Gründen ein eigenständiges Arbeitspaket, das die Arbeitspakete eins (Quantitative Branchenanalyse) und zwei (Staatliche Reaktionen) für die Finanzindustrie spiegelt. Zunächst einmal sind die Fallzahlen für Banken und Versicherungen in vielen Ländern klein, so dass Fallstudien anstelle ökonomischer Untersuchungen einzuset-

zen sind. Dann ergeben sich für die regulierten Industrien andere nationalstaatliche Handlungsoptionen. Schließlich steht Banken und Versicherungen eine geringere Auswahl an Auflehnungsformen zur Verfügung. Zeitlich kann das vierte Arbeitspaket parallel zu Arbeitspaket zwei (Staatliche Reaktionen) und drei (Unternehmerische Reaktionen) umgesetzt werden. Angestrebt wird die Erstellung eines Aufsatzes.

*5. Arbeitspaket: Responsivität des transnationalen Standardsetzers*

Das Verhalten des transnationalen Standardsetzers zu den Reaktionen der nationalen Regulierer und Unternehmen ist Gegenstand des fünften Arbeitspakets. Hier sind zunächst für wesentliche Industrie- und Finanzmarktprobleme (IAS 19, IFRS 3 und IAS 39) die Äußerungen, Kommentare und Reaktionen der betroffenen Unternehmen im Rahmen des *due process* zu erfassen und in einer Fallstudie zu beschreiben. Die Daten werden dann für eine ökonometrische Studie genutzt, in der geprüft werden soll, ob der Standardsetzer für die Bedürfnisse unterschiedlicher Anspruchsgruppen unterschiedlich offen ist.

*6. Arbeitspaket: Zusammenfassung der einzelnen Elemente zu einer geschlossenen Gesamtschau in Form einer Teilprojektabschlussmonographie*

Die Ergebnisse zu den Hypothesen zu Outcomes und Reaktionen werden in einem abschließenden Ergebnisbericht, der auch die zentralen Erkenntnisse der ersten beiden Forschungsphasen beleuchtet, konsolidiert. Im Ergebnis entsteht eine umfassende Würdigung der Veränderung von Staatlichkeit am Fallbeispiel Rechnungslegungsregulierung, die in der Literatur bislang noch fehlt. Gerade die Analyse möglicher Interessensdivergenzen und -kollisionen in Folge des Staatswandels liefert wichtige Erkenntnisse im Hinblick auf die Stabilität der veränderten Konstellation von Staatlichkeit, die für den gesamten Sfb von Bedeutung sein dürften.

## Zeitplan

**Tabelle 2: Arbeitspakete im Teilprojekt**

Arbeitsschritte	2011		2012		2013		2014	
Quantitative Branchenanalyse (AP 1)	■	■	■	■				
Staatliche Reaktionen (AP 2)			■	■				
Unternehmerische Reaktionen (AP 3)				■	■			
Wohlfahrtswirkungen und Reaktionen in der Finanzindustrie (AP 4)			■	■	■			
Responsivitätsanalyse (AP 5)					■	■		
Zusammenfassung der Elemente und Erstellen der Abschlussmonographie (AP 6)						■	■	■

### 3.5 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs

#### Stellung zu anderen Säulen und Teilprojekten

Das vorgeschlagene Teilprojekt beschäftigt sich mit der Transnationalisierung der Rechnungslegung seit 1980. Unter anderem ist hierbei zu klären, ob die veränderten Konfigurationen von Staatlichkeit in der Regelsetzung und -durchsetzung einen Einfluss auf die Bereitstellung des normativen Guts Wohlfahrt auf Kapitalmärkten hatten. In der dritten Projektphase soll daher einerseits geprüft werden, ob mit der Einführung transnationaler Rechnungslegungsregeln eine Erhöhung bzw. Umverteilung von Wohlfahrt einher ging (Analyse der *Outcomes*). Andererseits ist geplant, die *Reaktionen* wesentlicher Akteursgruppen zu untersuchen. Hierzu zählt unter anderem die Analyse, ob und inwieweit Unternehmen Widerspruch zur Anwendung neuen Offenlegungsregeln geäußert haben oder im Extremfall abgewandert sind. Auch soll untersucht werden, in welchem Spannungsverhältnis die Kompetenzen transnationaler und nationalstaatlicher Regulierer stehen, vor allem bei der Reaktion auf die Finanzmarktkrise. Tabelle 3 verdeutlicht die Stellung des Teilprojektes „Die Rolle des Staates in der Rechnungslegung“ innerhalb des Sonderforschungsbereichs im Hinblick auf das Untersuchungsdesign.

Anknüpfungspunkte und Kooperationen mit Teilprojekten aus anderen Säulen ergeben sich sowohl in inhaltlicher wie in methodischer Hinsicht. Sinnvoll erscheint eine enge Abstimmung mit Teilprojekt A4 „Die Verfassung des globalen Handels“ bei der dort vorgesehenen Analyse der Vermachtung globaler wirtschaft-

**Tabelle 3: Verortung des Teilprojekts C6 im Sonderforschungsbereich**

<b>Beschreibung (1. Förderphase)</b>	
<i>Dimensionen von Staatlichkeit</i>	Ressourcendimension
	Legitimationsdimension
	Interventionsdimension
	Rechtsdimension
<i>Achse des Wandels</i>	Internationalisierung
	Privatisierung
	Transnationalisierung
<i>Korridorentwicklung</i>	Konvergenz
	Divergenz
<b>Erklärung (2. Förderphase)</b>	
<i>Antriebskräfte</i>	Wirtschaftliche Globalisierung
	Technische und industrielle Entwicklungen
	Demographischer und sozialer Wandel
<i>Weichensteller</i>	Funktional
	Institutionell
	Ideell
	Materiell
<b>Folgenanalyse und -bewertung (3. Förderphase)</b>	
<i>Outcome</i>	Niveau
	Verteilung
	Struktur
<i>Reaktionen/Akteurstyp</i>	Internationale Akteure
	Nationalstaaten/Regierungen
	Parteien
	Verbände/NGOs
	Unternehmen
<i>Bewertungsbasis (bezogen auf normatives Gut)</i>	Bürger
	Rechtsstaatlichkeit
	Demokratische Legitimität
	Wohlfahrt
	Sicherheit

Anm.: Die zutreffenden Merkmale sind jeweils grau hinterlegt.

licher Austauschprozesse. Hierbei sollen unter anderem qualitative Fallstudien im Bankensektor in Deutschland und den USA durchgeführt werden. Die Frage, wel-

che Normen zur formalen hierarchischen Steuerung verwendet werden, berührt auch interne Kontroll- und Steuerungssysteme sowie die Wahl von Offenlegungsalternativen. Hiermit inhaltlich verknüpft ist die in diesem Teilprojekt behandelte Auflehnungshypothese (Widerspruch von Unternehmen bezüglich transnationaler Rechnungslegungsstandards). Die konkrete Zusammenarbeit mit dem Teilprojekt A4 soll daher darin bestehen, einen Teil der Fallstudie gemeinsam abzustimmen. Die aus der Studie gewonnenen Ergebnisse könnten dann zur Hypothesengenerierung sowie in der Abschlussmonographie verwendet werden.

Eine weitere Möglichkeit für eine enge Zusammenarbeit bietet sich mit Teilprojekt B1 „Staatlichkeit und die Legitimation ökonomischer Ordnungen“. Dort werden unter anderem Legitimationsdiskurse vor und nach der Finanzmarktkrise sowie die Reaktionen transnationaler Akteure untersucht. Eine Kooperation liegt deswegen nahe, da beide Teilprojekte die Auswirkungen dieser Krise thematisieren. Daher ist vorgesehen, die Untersuchung der Legitimationskommunikation nach der Finanzmarktkrise auf Basis vorhandener Erkenntnisse aus beiden Teilprojekten vorzubereiten. Außerdem sind Anknüpfungspunkte an die Experteninterviews bei der EU für Analyse der Reaktionen (insbesondere zu R.3, Reaktion des transnationalen Standardsetzers) zu erwarten. Da zu diesem Arbeitspaket Experteninterviews mit Vertretern transnationaler Akteure in der Regulierung der Rechnungslegung vorgesehen sind, kann dieses Teilprojekt auf die Vorarbeiten von B1 in methodischer und inhaltlicher Hinsicht zurückgreifen.

### **Stellung in der eigenen Säule**

Das Teilprojekt deckt mit dem Analysefeld Kapitalmärkte eine zentrale Regulierungsdimension des Interventionsstaats ab, die seit den 1990er Jahren deutlichen Wandlungsprozessen unterliegt. Das Teilprojekt C6 konzentriert sich auf den Zugang zu qualitativ hochwertigen Unternehmensinformationen und die Verteilung des Nutzens, den Anspruchsgruppen jeweils aus der Art der bereitgestellten Informationen ziehen können. Zur Bewertung der neuen Konstellation von Staatlichkeit werden als (normative) Evaluationskriterien die Markteffizienz und die Chancengleichheit bei Informationszugang und -verarbeitung herangezogen. Innerhalb der C-Säule ergeben sich für C6 zahlreiche inhaltliche und methodische Anknüpfungspunkte. C6 untersucht (wie alle anderen Teilprojekte in der C-Säule) Verteilungs- und Niveaueffekte in Folge des Wandels von Staatlichkeit und wertet diese Folgen für die Erbringung des normativen Guts Wohlfahrt aus. Methodische Gemeinsamkeiten in der C-Säule liegen in den Analyseverfahren, die bei der Messung und Auswertung von Outcomes der veränderten Konstellation von Staatlichkeit zur Anwendung kommen. Hier eröffnen sich Möglichkeiten zu Wissensaustausch und Kooperationen zwischen den Teilprojekten. Geplant ist zudem eine Synthese aller

wohlfahrtsstaatlichen Outcome-Effekte in einem gemeinsamen Vorhaben der C-Säule. Dies wird im Teilprojekt C1 im Detail dargestellt. Bei der Analyse der Reaktionen wird aufgrund von Überschneidungen bei der Länderauswahl mit den Teilprojekten C1, C3 sowie C4 weiterhin eng kooperiert.

### **3.6 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten**

Projekte der Antragsteller mit einem verwandten Zuschnitt werden weder von der DFG noch von anderen Drittmittelgebern gefördert.

## Literatur

- Ahmed, Anwer, Bruce Billing, Richard Morton & Mary Stanford-Harris (2002) The Role of Accounting Conservatism in Mitigating Bondholder-Shareholder Conflicts over Dividend Policy and in Reducing Cost of Debts, in: *Accounting Review* 77:4, 867-890
- Alexander, David & Christopher Nobes (2007) *Financial Accounting: An International Introduction*, Harlow: Pearson Education Limited
- Ali, Ashiq & Lee-Seok Hwang (2000) Country-Specific Factors Related to Financial Reporting and the Value Relevance of Accounting Data, in: *Journal of Accounting Research* 38:1, 1-21
- Armstrong, Christopher S., Mary E. Barth, Alan D. Jagolinzer & Edward J. Riedl (2010) Market Reaction to the Adoption of IFRS in Europe, in: *Accounting Review* 85:1, 31-61
- Arnold, Patricia J. (2009) Global Financial Crisis: The Challenge to Accounting Research, in: *Accounting, Organizations and Society* 34:6/7, 803-809
- Bald, Ernst-Joachim (2000) *Leitfaden für die Vergabe von Unternehmenskrediten: Schuldscheindarlehen – Kreditleitfaden*, 3. Auflage, Karlsruhe: VVW
- Ball, Ray (2001) Infrastructure Requirements for an Economically Efficient System of Public Financial Reporting and Disclosure, in: *Brookings-Wharton Papers on Financial Services* 2:1, 127-181
- Ball, Ray (2006) International Financial Reporting Standards (IFRS): Pros and Cons for Investors, in: *Accounting & Business Research* 36, 5-27
- Ball, Ray & Lakshmanan Shivakumar (2005) Earnings Quality in U.K. Private Firms: Comparative Loss Recognition Timeliness, in: *Journal of Accounting and Economics* 39:1, 83-128
- Barth, Mary E., William H. Beaver & Wayne R. Landsman (2001) The Relevance of the Value-Relevance Literature for Financial Accounting Standard Setting: Another View, in: *Journal of Accounting & Economics* 31:1-3, 77-104
- Barth, Mary E., Wayne R. Landsman & Mark H. Lang (2008) International Accounting Standards and Accounting Quality, in: *Journal of Accounting Research* 46:3, 467-498
- Bartov, Eli, Stephen R. Goldberg & Myungsun Kim (2005) Comparative Value Relevance Among German, U.S., and International Accounting Standards: A German Stock Market Perspective, in: *Journal of Accounting, Auditing & Finance* 20:2, 95-119
- Basu, Sudipta (1997) The Conservatism Principle and the Asymmetric Timeliness of Earnings, in: *Journal of Accounting & Economics* 24:1, 3-38
- Beaver, William & Stephen G. Ryan (2005) Conditional and Unconditional Conservatism: Concepts and Modelling, in: *Review of Accounting Studies* 10:2-3, 269-309
- Bharath, Sreedhar T., Jayanthi Sunder & Shyam V. Sunder (2008) Accounting Quality and Debt Contracting, in: *Accounting Review* 83:1, 1-28
- Boyer, Robert (2007) Assessing the Impact of Fair Value upon Financial Crises, in: *Socio-Economic Review* 5:4, 779-807
- Chung, Dennis Y. (1999) The Informational Effect of Corporate Lobbying Against Proposed Accounting Standards, in: *Review of Quantitative Finance and Accounting* 12:3, 243-270
- Claus, James & Jacob Thomas (2001) Equity Premia as Low as Three Percent? Evidence from Analysts' Earnings Forecasts for Domestic and International Stock Markets, in: *Journal of Finance* 56:5, 1629-1666

- Collins, Daniel W. (1989) An Analysis of Intertemporal and Cross-Sectional Determinants of Earnings Response Coefficients, in: *Journal of Accounting & Economics* **11**:2/3, 143-181
- Cumming, Douglas J. & Jefferey G. MacIntosh (2000) The Role of Interjurisdictional Competition in Shaping Canadian Corporate Law, in: *International Review of Law and Economics* **20**:2, 141-186
- Daske, Holger, Luzi Hail, Christian Leuz & Rodrigo Verdi (2008) Mandatory IFRS Reporting around the World: Early Evidence on the Economic Consequences, in: *Journal of Accounting Research* **46**:5, 1085-1142
- Dodd, Peter & Richard Leftwich (1980) The Market for Corporate Charters: "Unhealthy Competition" versus Federal Regulation, in: *The Journal of Business* **53**:3, 259-283
- Easton, Peter (2004) PE Ratios, PEG Ratios, and Estimating the Implied Expected Rate of Return on Equity Capital, in: *Accounting Review* **79**:1, 73-95
- Easton, Peter D., Travis S. Harris & James A. Ohlson (1992) Aggregate Accounting Earnings can Explain most of Security Returns, in: *Journal of Accounting and Economics* **15**:2-3, 119-123
- Eierle, Brigitte (2005) Differential Reporting in Germany: A Historical Analysis, in: *Accounting, Business & Financial History* **15**:3, 279-315
- Europäische Kommission (2008) Accounting Standards: Commission Adopts Changes to Mitigate Consequences of Financial Turmoil, Press release, October 15
- Farny, Dieter (1992) *Buchführung und Periodenrechnung im Versicherungsunternehmen*, Wiesbaden: Gabler
- Francis, Jennifer, Ryan LaFond, Per Olsson & Katherine Schipper (2005) The Market Pricing of Accruals Quality, in: *Journal of Accounting and Economics* **39**:2, 295-327
- Gassen, Joachim, Rolf Uwe Füllbier & Thorsten Sellhorn (2006) International Differences in Conditional Conservatism – The Role of Unconditional Conservatism and Income Smoothing, in: *European Accounting Review* **15**:4, 527-564
- Gebhardt, William R., Charles M. C. Lee & Bhaskaran Swaminathan (2001) Toward an Implied Cost of Capital, in: *Journal of Accounting Research* **39**:1, 135-176
- Genschel, Philipp & Bernhard Zangl (2007) Die Zerfaserung von Staatlichkeit und die Zentralität des Staates, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* **20-21**, 10-16
- Georgiou, George (2004) Corporate Lobbying on Accounting Standards: Methods, Timing and Perceived Effectiveness, in: *Abacus* **40**:2, 219-237
- Goodhart, Charles A. E. (2009) The Regulatory Response to the Financial Crisis, in: *Journal of Financial Stability* **4**:4, 351-358
- Hail, Luzi & Christian Leuz (2006) International Differences in the Cost of Equity Capital: Do Legal Institutions and Securities Regulation Matter?, in: *Journal of Accounting Research* **44**:3, 485-531
- Hall, Peter A. & David Soskice (2001) An Introduction to Varieties of Capitalism, in: Peter A. Hall & David Soskice, Hg., *Varieties of Capitalism*, Oxford u.a.: Oxford University Press, 1-70
- Hax, Herbert (1988) Rechnungslegungsvorschriften – Notwendige Rahmenbedingungen für den Kapitalmarkt?, in: Michael Domsch, Hg., *Unternehmenserfolg: Planung-Ermittlung-Kontrolle: Walther Busse von Colbe zum 60. Geburtstag*, Wiesbaden: Gabler, 187-201
- Hayn, Sven & Georg Graf Waldersee (2008) *IFRS/US-GAAP/HGB im Vergleich: synoptische Darstellung für den Einzel- und Konzernabschluss*, Stuttgart: Schäffer-Poeschel

- Healy, Paul M., Amy P. Hutton & Krishna G. Palepu (1999) Stock Performance and Intermediation Changes Surrounding Sustained Increases in Disclosure, in: *Contemporary Accounting Research* **16**:3, 485-520
- Heine, Klaus (2003) *Regulierungswettbewerb im Gesellschaftsrecht: Zur Funktionsfähigkeit eines Wettbewerbs der Rechtsordnungen im europäischen Gesellschaftsrecht*, Berlin: Duncker & Humblot
- Heine, Klaus & Wolfgang Kerber (2002) European Corporate Laws, Regulatory Competition and Path Dependence, in: *European Journal of Law and Economics* **13**:1, 47-71
- Hirschman, Albert O. (1970) Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States, Cambridge: Cambridge University Press
- Holthausen, Robert W. & Ross L. Watts (2001) The Relevance of the Value-Relevance Literature for Financial Accounting Standard Setting, in: *Journal of Accounting and Economics* **31**:1-3, 155-192
- Hung, Mingyi (2001) Accounting Standards and Value Relevance of Financial Statements: An International Analysis, in: *Journal of Accounting & Economics* **30**:3, 401-420
- IASB (2008) IASB Amendments Permit Reclassification of Financial Instruments, Press release, October
- King, Gary, Robert O. Keohane & Sidney Verba (1994) *Designing Social Inquiry : Scientific Inference in Qualitative Research*, Princeton, NJ: Princeton University Press
- Kwok, Winston Chee Chiu & David Sharp (2005) Power and International Accounting Standard Setting: Evidence from Segment Reporting and Intangible Assets Projects, in: *Accounting, Auditing & Accountability Journal* **18**:1, 74-99
- Laux, Christian & Christian Leuz (2010) Did Fair-Value Accounting Contribute to the Financial Crisis?, in: *Journal of Economic Perspectives* **24**:1, 93-118
- Leuz, Christian & Robert E. Verrecchia (2000) The Economic Consequences of Increased Disclosure, in: *Journal of Accounting Research* **38**:3(Supplement), 91-124
- Lindahl, Frederick W. (1987) Accounting Standards and Olson's Theory of Collective Action, in: *Journal of Accounting & Public Policy* **6**:1, 59-72
- Mattli, Walter & Tim Büthe (2003) Setting International Standards: Technological Rationality or Primacy of Power?, in: *World Politics* **56**:1, 1-42
- Mattli, Walter & Tim Büthe (2005) Accountability in Accounting? The Politics of Private Rule-Making in the Public Interest, in: *Governance* **18**:3, 399-429
- McLeay, Stuart J. (2005) Discussion of the Effect of Earnings Management on the Asymmetric Timeliness of Earnings, in: *Journal of Business Finance & Accounting* **32**:3/4, 727-735
- McLeay, Stuart, Dieter Ordeheide & Steven Young (2000) Constituent Lobbying and its Impact on the Development of Financial Reporting Regulations: Evidence from Germany, in: *Accounting, Organizations & Society* **25**:1, 79-98
- McSweeney, Brendan (2009) The Roles of Financial Asset Market Failure Denial and the Economic Crisis: Reflections on Accounting and Financial Theories and Practices, in: *Accounting, Organizations and Society* **34**:6-7, 835-848
- Meier, André R. (2009) *Abbildung von Unternehmensverbindungen im Konzernabschluss: Eine Analyse der Business Combinations Projekte von IASB und FASB*, Tönning: Der Andere Verlag
- Nölke, Andreas & James Perry (2007) The Power of Transnational Private Governance. Financialization and the IASB, in: *Business and Politics* **9**:3, 1-25

- Ohlson, James A. & Beate E. Juettner-Nauroth (2005) Expected EPS and EPS Growth as Determinants of Value, in: *Review of Accounting Studies* **10**:2-3, 349-365
- Perry, James & Andreas Nölke (2006) The Political Economy of International Accounting Standards, in: *Review of International Political Economy* **13**:4, 559-586
- Plantin, Guillaume, Haresh Sapra & Hyun Song Shin (2008) Marking-to-Market: Panacea or Pandora's Box, in: *Journal of Accounting Research* **46**:2, 435-460
- Romano, Roberta (1993) *The Genius of American Corporate Law*, Washington: AEI Press
- Sankar, Mandira Roy & K. R. Subramanyam (2001) Reporting Discretion and Private Information Communication through Earnings, in: *Journal of Accounting Research* **39**:2, 365-386
- Schäfer, Dorothea & Klaus Zimmermann (2009) Bad Bank(s) and the Recapitalisation of the Banking Sector, in: *Intereconomics* **44**:4, 215-225
- Schilling, Sebastian (2008) *Pensionsverpflichtungen im Konzernabschluss – Die Vorschriften nach IFRS, US-GAAP, DRS und die HGB-Praxis im Spannungsfeld von Entscheidungsnützlichkeit und Bilanzpolitik*, Tönning: Der Andere Verlag
- Scott, William R. (2009) *Financial Accounting Theory*, 5. Auflage, Toronto: Pearson Education
- Shapiro, Brian P. (1997) Objectivity, Relativism, and Truth in External Financial Reporting: What's Really at Stake in the Disputes?, in: *Accounting, Organizations & Society* **22**:2, 165-185
- Staubus, George J. (1999) *The Decision-Usefulness Theory of Accounting: A Limited History*, New York: Garland Publishing
- Sutton, Timothy G. (1984) Lobbying of Accounting Standard-Setting in the U.K. and the U.S.A.: A Downsian Analysis, in: *Accounting, Organizations & Society* **9**:1, 81-95
- Tinker, Tony (1991) The Accountant as Partisan, in: *Accounting, Organizations & Society* **16**:3, 297-310
- Wagenhofer, Alfred (2009) *Internationale Rechnungslegungsstandards - IAS/IFRS*, München: mi-Fachverlag
- Wagenhofer, Alfred & Ralf Ewert (2003) *Externe Unternehmensrechnung*, Berlin u.a.: Springer
- Watts, Ross L. & Jerold L. Zimmerman (1986) *Positive Accounting Theory*, Englewood Cliffs: Prentice-Hall